


132. Sitzung, Montag, 12. Dezember 2005, 14.30 Uhr

 Vorsitz: *Hans Peter Frei (SVP, Embrach)*
Verhandlungsgegenstände
3. Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2006 bis 2009 (KEF 2006)

Festgelegt vom Regierungsrat am 27. September 2005

(Fortsetzung der Beratungen)..... Seite 9756

4. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2006 und 2007

Antrag des Regierungsrates vom 27. September 2005

und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24.

 November 2005 **4282a** (Fortsetzung der Beratungen) ... Seite 9756

6. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2006

Antrag des Regierungsrates vom 27. September 2005

und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24.

 November 2005 **4283a** (Fortsetzung der Beratungen) ... Seite 9756

Verschiedenes

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 9811

– Rückzug Seite 9811

Geschäftsordnung

Ratspräsident Hans Peter Frei: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

3. Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2006 bis 2009 (KEF 2006)

Festgelegt vom Regierungsrat am 27. September 2005

(Fortsetzung der Beratungen)

4. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2006 und 2007

Antrag des Regierungsrates vom 27. September 2005 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24. November 2005 **4282a**

(Fortsetzung der Beratungen)

6. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2006

Antrag des Regierungsrates vom 27. September 2005 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24. November 2005 **4283a**

(Fortsetzung der Beratungen)

Ratspräsident Hans Peter Frei: Wir fahren heute Nachmittag mit der Grundsatzdebatte zu den Traktanden 3, 4 und 6 fort.

Das Wort hat Arnold Suter, Kilchberg.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Ich verzichte aus Effizienzgründen.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Ganz verzichten kann ich auch nicht aus Effizienzgründen. Es gibt zu diesem Thema doch noch das eine oder andere zu sagen.

Wir stellen fest: Der mittelfristige Ausgleich ist ein knallhartes Korsett mit einer Vorschlagshammermechanik, die aber auf enorm tönernen Füßen steht. Wir haben von den Grünen aus hier drin schon oft gesagt, dass die Ausgabenbremse ein Ersetzen des politischen Diskurses durch den Taschenrechner ist. Nur, es ist noch viel schlimmer, denn dieser Taschenrechner wird mit Datenmaterial gefüttert, das als Grundlage für angeblich höchst konkreten Sparbedarf nicht taugt. Letztlich hat auch Werner Bosshard in seinem Eintretensvotum als FIKO-Präsident nichts anderes gesagt. Wir von den Grünen haben nun einnahmenseitig etwas genauer hingeschaut. Immerhin sind die Steuerertragsprognosen ein wesentlicher Teil des KEF und des mittelfristigen Ausgleichs. Wir haben heute auch eine Anfrage zu diesem Thema eingereicht, denn die

Steuererträge haben sich im Kanton Zürich in den letzten Jahren nicht zuletzt dadurch ausgezeichnet, dass sie sich einer verlässlichen Prognose ziemlich konsequent entzogen haben. Unter dem Diktat des rigiden Mechanismus Schuldenbremse verunmöglicht dieser Umstand eine verlässliche Finanz- und Ausgabenplanung nahezu vollständig. Im Verlauf des Budgetprozesses liegt dem Kantonsrat für die Beurteilung der Steuerertragsprognosen wenig detailliertes Material vor. Wir versuchen nun mit dieser Anfrage hier an mehr Information zu kommen.

Im Lichte solcher Fragen wirken die Steuerertragsprognosen im KEF nicht bloss sehr optimistisch, sondern im Ganzen unsolide. Über die laufende KEF-Periode dürfte entsprechend der Haushaltsausgleich selbst mit einem Steuerfuss von 105 Prozent kaum zu erreichen sein. Umso verantwortungsloser wäre es, dem Antrag des Regierungsrates und den Diskussionen des runden Tisches nicht zu folgen und einen Steuerfuss kleiner als 105 Prozent festzulegen.

Wenn die Politik nicht mehr zum Volk geht, dann kommt das Volk manchmal zur Politik. So hatten wir es heute Vormittag vor diesem Rathaus. Vertreterinnen und Vertreter aus dem Volk haben uns diverse Pakete gebracht oder genauer gesagt: Sie haben uns Pakete zurückgebracht. Sie haben uns das unliebsame Sparpaket zurückgebracht, das an der Urne nur knapp eine Mehrheit finden konnte, das stellvertretend steht für den Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 und alle weiteren Folgeprogramme, die nötig werden, wenn die Steuerertragsprognosen auch nur annähernd so falsch sind, wie sie sich dann noch herausstellen werden, wenn man mit der Stadt Zürich vergleicht. Ich werde dieses ungeliebte Sparpaket (*der Redner hält eines der weihnächtlich verpackten Pakete in die Höhe, die vor dem Rathaus verteilt wurden*) nachher auf dem Tisch dieses Hauses deponieren, denn was damit geschieht, hängt sehr stark davon ab, was für einen Steuerfuss wir hier beschliessen werden.

Es wurde auch ein zweites Paket aus den Reihen des Volkes mitgebracht. Es ist das Paket «Steuer Geschenk». Es ist auch ein ungeliebtes Geschenk, es ist nämlich ein vergiftetes Geschenk für den Kanton Zürich. Es ist für den Grossteil der Bevölkerung – man hört es auch – leer. Es sind nur einige wenige, die davon profitieren, die sehr vermögenden Damen und Herren in diesem Kanton. Ich werde dieses Paket anschliessend Beat Walti für die FDP-Fraktion überreichen, denn dort

kann der weise Entscheid gefällt werden, zurückzunehmen, was das Volk nicht will.

Wir möchten gerne annehmen, dass man hier in diesem Rat nicht beginnt, an funktionalem Analphabetismus zu leiden. Allerdings erwächst nach den heutigen Eintretensvoten der gegenüber liegenden Ratsseite leider ein wenig der Eindruck, dass genau dies geschieht, da Sie nämlich beispielsweise verlernen, wie man Steuergerechtigkeit korrekt buchstabiert. Wir Grünen stellen uns gegen diese Art der Perspektivenbeschränkung. Wir werden einem Voranschlag mit einem Steuerfuss geringer als 105 Prozent mit Sicherheit nicht zustimmen. Und wir werden, egal wie der Steuerfuss ausgeht, keine Begeisterung für dieses Budget... (*Die Redezeit ist abgelaufen. Jubel auf der rechten Ratsseite.*)

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Der unselige Goldsegen der Nationalbank hat in einem Masse Begehrlichkeiten verursacht, dass die Politiker vor Liebe zu diesem gelben Edelmetall mit Blindheit geschlagen wurden. Goldgräberstimmung herrschte im letzten Jahr in unserem Land. Die Kantone haben sich im Sinne einer Maginot-Linie vergraben, und im Gegensatz zu den Franzosen hatten sie Erfolg damit. Ein wahrer Goldrausch erfasste die Regierungen. Unser Regierungsrat hat die 1,6 Milliarden Franken einfach so in den Sack genommen. Kein Wort mehr davon, dass man dieses Geld zum Schuldenabbau verwenden sollte. Und der Kantonsrat? Was kann er nun tun? Er kann nur erreichen, dass der Regierungsrat durch dieses unverdiente Polster nicht ablässt von den strukturellen Sparbemühungen zur Haushaltssanierung. Was macht aber der Regierungsrat? Er will noch zusätzliche 225 Millionen Franken durch die 5-prozentige Steuererhöhung generieren. Diese 5 Prozent würden unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren weggenommen – in einer Zeit des brutalen internationalen Wettbewerbs. Und diese Wirtschaft würde dadurch geschwächt in ihrer Konkurrenzfähigkeit in einem heiklen Moment. Denn auch die Binnenwirtschaft ist in der Folge dieses Konkurrenzdruckes in einen ruinösen Kampf – jeder gegen jeden – geraten. In den letzten zwei Jahren ist in diversen Hauptgewerben, die zu Stützen unserer Volkswirtschaft gehören, ein Angstverhalten in der Preispolitik entstanden, so dass jeder zusätzliche Druck viele Betriebe zum Aufgeben zwingen kann. Die Wirtschaft wird sich aus dieser Lage selbst befreien müssen. Aber in dieser Lage ist es unver-

antwortlich, durch eine Steuererhöhung das absolut falsche Signal zu setzen.

Ich bitte Sie alle, die für unsere Wirtschaft und die Bevölkerung eine Zukunftsperspektive erstellen wollen, die Steuererhöhung abzulehnen. Es ist die bessere Lösung, wenn der Regierungsrat die zusätzlichen 225 Millionen Franken aus seinem Goldhosensack holen muss. Ich danke Ihnen.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): In diesem Saal sitzt eine Mehrheit von Kantonsrätinnen und Kantonsräten, die die Einsicht gewonnen haben, dass die Finanzen des Kantons Zürich Anlass zu Besorgnis geben. Es sitzt eine Mehrheit hier, die der Meinung ist, dass es Massnahmen auf der Strukturseite, Massnahmen auf der Ausgabenseite und Massnahmen auf der Einnahmenseite braucht, um den Staat handlungsfähig zu erhalten. Und es sitzt eine – wenn auch knappe – Mehrheit hier, die erkannt hat, dass zur Lösung der Finanzprobleme eine Erhöhung des Steuerfusses für die nächsten zwei Jahre unumgänglich ist. Vier Fraktionen haben trotz aller Differenzen am Runden Tisch ein Paket solcher Massnahmen unterstützt. Dank ihrem und dem Einsatz des Nationalbankgoldes können irreversible Einschnitte in die staatliche Grundversorgung vermieden werden. Der so genannte Giftschrank des Regierungsrates kann geschlossen bleiben. Die Berufsschule in Uster, das Spital in Affoltern, der Steuerfussausgleich und was alles auch noch auf dieser Liste figuriert, bleiben erhalten. Wie gesagt, eine Mehrheit in diesem Saal ist zur Einsicht gekommen, dass die Steuersenkungen der letzten Jahre – und diese gehen ja dieses Jahr und nächstes Jahr weiter – einen Schritt zu weit gegangen sind.

Reden wir aber einen Moment nicht mehr von dieser Einsicht, sondern von dem, worum es jetzt in diesem Saal geht: Es geht um Macht, Wahltaktik und Kalkül. Mit der FDP, der Regierungspartei FDP, pflegen wir im Allgemeinen ein gutes Verhältnis. Den gemeinsamen Abstimmungssieg am 27. November 2005 hätten wir sehr gerne auch gemeinsam gefeiert, wenn es ihrer Parteileitung nicht dermassen peinlich gewesen wäre, dass einmal mehr die Allianz von Mitte-Links und FDP sich als eine für den Kanton Zürich Erfolg versprechende Allianz herausgestellt hätte. Ihre Parteileitung glaubt, dass die FDP nur als siamesischer Zwilling der SVP Sitze zurückgewinnen kann. Glauben Sie das wirklich auch?

Am 17. Dezember 2002 rief Hans-Peter Portmann aus, ich zitiere: «Heute liegt es an den grossen Fraktionen in diesem Saal, diesem Kanton eine Steuerfusssenkung zu bescheren!» Die Bescherung trat ein, das Volk dankte und das Volk verzichtete ein halbes Jahr später dankend auf eine der damals noch drei grossen Fraktionen in diesem Saal. Es verzichtete auch auf Kantonsrat Hans-Peter Portmann. Im Frühling 2005 wählte dann Ihre Basis von der FDP einen Kandidaten zum Finanzdirektor, der die Notwendigkeit einer Steuerfusserhöhung offen zugab. Meine Damen und Herren bei der FDP, verzichten Sie auf Wahltaktiken, die schon in der Vergangenheit nicht aufgegangen sind!

Zürich ist keine Steuerhölle, sondern seit Jahren «the best place to live worldwide». (*Unruhe auf der rechten Ratsseite.*) Wollen wir mit verlotterten Gebäuden, mit sozialen Unruhen auf uns aufmerksam machen? Das ist doch keine Perspektive für unseren Kanton. Die SP ist nicht aus Prinzip für Steuererhöhungen. Nicht zuletzt in Zürich und in Winterthur hat sie gezeigt, dass sie im Einzelfall ganz pragmatisch entscheiden kann. Tun Sie das auch! Freisinnig sein heisst, zu seiner Meinung mutig stehen. Beweisen Sie das und entscheiden Sie auf Grund Ihrer persönlichen Überzeugung! Ich danke Ihnen.

Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti): Die heutige Debatte zeigt einmal mehr, dass Sie das Schwarzpeterspiel immer noch gerne spielen. (*Der Votant zeigt eine Illustration des schwarzen Peters.*) Alle andern sind schuld an der desolaten Lage unserer Finanzen. Alle anderen, nur nicht Sie! Niemand will den schwarzen Peter behalten, also nehme ich ihn halt selber wieder mit nach Hause.

Aber eigentlich ist klar, welchen Entscheid wir heute brauchen. Heute entscheiden wir, ob im Budget 2006 ein Defizit von über 400 Millionen Franken resultiert oder von «nur» 180 Millionen Franken. Wir müssen einsehen, dass die Steuersenkungen der vergangenen Jahre katastrophale Folgen zeitigen. Das Sparen geht schon lange an die Substanz. Gravierende Folgen beginnen sich zu zeigen: in Gesundheit, Bildung und Sicherheit. Vielleicht kennen Sie auch das UNO-Spiel. Früher spielten wir es mit Jasskarten als «Tschau Sepp». Dort gibt es eine gute Karte. (*Der Votant zeigt diese.*) Sie bedeutet: Richtung wechseln! Dazu passt ein gutes neueres Sprichwort: «Wer A sagt, muss nicht B sagen.» Er kann auch einsehen, dass A falsch war und umkehren. Zu dieser Umkehr rufe ich Sie heute auf. Kehren wir um vom ruinösen Weg der

Steuersenkungen! Machen wir die Senkung um 5 Prozent rückgängig! Nur wer stur und blind in eine Sackgasse läuft und alle Warnsignale missachtet, der erleidet Schiffbruch. Wer klug ist, kehrt vorher um. Diesen gesunden Menschenverstand traue ich der Mehrheit hier drin zu, wenn Sie frei entscheiden dürfen, und das hoffe ich doch stark. Ich rufe Sie eindringlich dazu auf!

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Nur schnell eine Zahlenkorrektur zu Stefan Feldmann heute Morgen, damit die Medien nichts falsch weitergeben. Den Rechnungen 1998 und 2004 können Sie entnehmen, dass das Aufwandwachstum nominal 26,5 Prozent betrug, teuerungsbereinigt seit 1998 – und die Teuerung müssen Sie nicht Jahr für Jahr etwa berechnen, sondern dem Statistischen Jahrbuch entnehmen; die betrug in dieser Zeit 5,5 Prozent –, teuerungsbereinigt also 21 Prozent, und nicht vor Bereinigung durch die Teuerung, wie Stefan Feldmann gesagt hat. Wenn man das Bevölkerungswachstum, das nicht 7 Prozent, sondern 6,05 Prozent in der gleichen Zeit betrug, einberechnet, kommt man auf ein reines – ein reineres geht nicht mehr – Ausgabenwachstum, Aufwandwachstum von 15 Prozent; reines Staatswachstum, mehr Aufgaben oder Wachstum der Verwaltung. Der Steuerertrag ging übrigens auch nicht zurück, wie hier vielfach gesagt wurde. Der Steuerertrag ist teuerungsbereinigt in derselben Zeit um 15 Prozent gewachsen. 15 Prozent ist er heute höher als 1998. Bevölkerungswachstumsbereinigt wäre er immer noch 9 Prozent höher. Also 9 Prozent ist der Steuerertrag gewachsen – gerade wegen der Steuersenkung.

Wenn Sie am runden Tisch vereinbart haben, keine Lohnerhöhung und keinen Teuerungsausgleich zu geben und dafür den Leuten noch 5 Prozent höhere Steuern zumuten, dann ist das angesichts der wahren Zahlen unnötig.

Stefan Feldmann (SP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Geschätzter Kollege Matthias Hauser, Ihre Zahl stimmt so gesehen schon. Sie haben einfach nicht bedacht, dass in dieser Aufwandsteigerung die durchlaufenden Beiträge, die buchhalterischen Beiträge drin sind. Sie müssten den effektiven Aufwand anschauen und da stimmen die Zahlen, die ich Ihnen genannt habe. Besten Dank.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Geschätzter Ralf Margreiter, ich möchte Ihnen gratulieren zu diesen leeren Paketen. Sie sind etwa so hohl wie Ihr Votum, das Sie gehalten haben. (*Heiterkeit auf der rechten Ratsseite.*) Sie haben gesagt, dass Vertreterinnen und Vertreter aus dem Volk uns diese Sparpakete und dieses Steuergeschenkpakete überbracht hätten. Aber in Tat und Wahrheit sind es ja Ihre Verbündeten der Gewerkschaften, die vermutlich noch Geld erhalten, damit sie am Morgen hier erscheinen. Tatsache ist, Ralf Margreiter, und das geht auch die SP etwas an, welche immer wieder kritisiert, dass das Volk diese Sparmassnahmen nicht mehr mittragen will: Erstens wurde niemals gespart und zweitens hat die SP am 18. August 2004 eine Volksinitiative gestartet mit dem schönen Titel «Mitspracherecht des Volkes bei Sparmassnahmen». Wir fragen uns, ob Sie denn diese 10'000 Unterschriften aus dem Volk zusammengesammelt haben. Wir haben jedenfalls nichts mehr gehört von dieser Volksinitiative, wo Sie sich doch immer so beklagen, dass das Volk auf die Barrikaden gehe und diese Sparmassnahmen nicht mehr mittragen wolle. Vielleicht können Sie uns ja einmal darüber Aufschluss geben, in welcher Schublade in Ihrem Sekretariat diese Initiative versendet ist.

Im Weiteren möchte ich festhalten, dass die SVP die Steuern auf diesem Niveau belassen will aus dem einfachen Grund, dass wir nicht wollen, dass die Steuereinnahmen einbrechen. Wenn wir heute die Steuern um 5 Prozent erhöhen, dann haben Sie vielleicht nächstes Jahr tatsächlich Ihre 5-Prozent Steuereinnahmen mehr. Sie ruinieren aber den Wirtschaftsstandort Zürich, Sie würgen das Wirtschaftswachstum ab, Sie verhindern, dass neue Steuerzahler in unseren Kanton ziehen. Wenn Sie gestern die «Sonntagszeitung» gelesen haben, beispielsweise die Geschichte von Marcel Ospel von der UBS: Er ist in den Kanton Schwyz gezogen, weil wir seit Jahren aus dem Departement auf einen vernünftigen Finanzausgleich warten. Also wir binden uns die Hände selber mit dem dicksten roten Klebeband aus der Schublade des SP-Sekretariates. Ich bin der FDP dankbar, dass sie auf diese Sirenengesänge und auch auf die Drohungen von Ruedi Lais nicht eingeht. Das hat mit Wahlkampf überhaupt nichts zu tun. Wir verkünden auch nicht das Evangelium, wir sind ja keine christliche Partei wie die EVP und die CVP. Und die haben ja bereits angetönt, dass sie das Budget ablehnen wollen, wenn sie beim Steuerfuss nicht durchkommen. Also müssen sie sich fragen, ob der Steuerfuss für sie ein Evangelium ist oder ob es eher eines für die SVP ist. Wir haben es nie als das betrachtet.

Ich bitte Sie, in der kommenden Steuerfussdebatte aus Sorge um den Kanton Zürich, aus Sorge um das Wirtschaftswachstum und um eine Stärkung des Steuersubstrates zu erreichen, den Steuerfuss bei 100 Prozent zu belassen. Und Peter Reinhard, wenn Sie sagen, SVP und FDP hätten die Steuern abgebaut, dann stimmt das nur zur Hälfte. Das Volk hat fleissig mitgemacht, siehe Erbschafts- und Schenkungssteuer, siehe Handänderungssteuer! Im Gegensatz zu Ihrer verrotteten Initiative in der Schublade haben wir erfolgreich zwei Volksinitiativen durchgebracht. Vielen Dank.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Die engagierten Voten und der vollbesetzte Kantonsratssaal zeigen, dass es heute in diesem Saal um etwas sehr Wichtiges geht: um die finanzielle Weichenstellung der nahen Zukunft für den Kanton Zürich. Ihre Finanzkommission hat diesen Prozess und diese Debatte umsichtig begleitet. Ich danke dem Präsidenten Werner Bosshard und der Kommission für die grosse Arbeit und die faire Zusammenarbeit. Ich werde der Debatte entsprechend vor allem zum Steuerfuss sprechen, aber auch noch auf KEF und Voranschlag eingehen.

Zum Ersten, zum Steuerfuss: Der Steuerfuss des Kantons Zürich steht bekanntlich im internationalen, aber auch im interkantonalen Steuerwettbewerb. International steht der Kanton Zürich in Konkurrenz etwa mit Grossstädten wie London, München oder New York. Eine kürzlich erschienene vergleichende Studie zeigt, dass Firmen in Zürich deutlich tiefer belastet sind als Firmen in London, München oder New York. Der interkantonale Vergleich des Kantons Zürich mit andern Kantonen zeigt ein differenziertes Bild. Wir wissen alle, dass einige Kantone steuergünstiger oder teilweise deutlich steuergünstiger sind als der Kanton Zürich. Der Regierungsrat ist sich dieser Tatsache bewusst. Er beobachtet die Entwicklung sehr genau und aufmerksam. Aber nur mit dem Steuerfuss dieser Entwicklung zu begegnen, genügt nicht. Vielmehr braucht es gezielte Instrumente, das heisst, gegebenenfalls gezielte Gesetzesänderungen. Beat Walti, wenn Sie nun eine Strategie in Steuerfragen fordern, muss ich Ihnen sagen, müssen Sie ganz deutlich für eine Steuerfusserhöhung sein und da mit Ihrer Fraktion auch zustimmen. Wieso? Eine Steuerstrategie, wie Sie sie nun gefordert haben heute Morgen, und Steuergesetzesänderungen kann man nicht mit lee-

ren Kassen machen, sondern Steuergesetzesänderungen müssen finanzierbar sein.

Der Regierungsrat ruft Ihnen aber auch in Erinnerung, dass er nicht untätig war. So sind zahlreiche Steuerreduktionen erfolgt. Zum einen Steuerfussreduktionen, aber auch diverse Gesetzesänderungen haben Ihren Rat passiert. Die vergangenen sechs Jahre waren gerade auch in diesem Kanton geprägt von Steuersenkungen. Und ich rufe Ihnen allen in Erinnerung, was wir wissen: Auch wenn Sie jetzt – und das hoffen wir – den Steuerfuss auf 105 Prozent festlegen, zahlt man im Kanton Zürich noch deutlich weniger Steuern als im Jahr 1999. Weiter geben wir zu bedenken, dass der Steuerfuss nur ein wichtiger Indikator ist. Den Standort Zürich allein auf den Steuerfuss zu reduzieren, wäre ökonomisch grundfalsch. Je nach Umfrage bei ansiedlungswilligen Unternehmungen spielt der Steuerfuss, die Steuerbelastung tatsächlich eine Rolle, kommt aber erst auf Rang fünf oder – je nach Untersuchung – auf Rang sieben. Gerade für Firmen und ihre Mitarbeitenden, für Firmen und ihre Kaderleute ebenfalls wichtig sind: eine gute Verkehrsinfrastruktur, gute Arbeitskräfte, ein ausgezeichnetes Bildungssystem, verlässliche politische Verhältnisse und unter anderem auch die öffentliche Sicherheit. Es wäre sehr gefährlich, die bisherigen Stärken dieses Wirtschaftsstandortes Zürich durch eine Steuerfussreduktion zu gefährden.

Der KEF zeigt unter anderem, dass wir im Jahr 2005 dank Gold gut abschliessen werden. Ich will nicht mehr alle Folien, die wir miteinander durchbesprochen haben, wiederholen, aber per nächstes Jahr wird noch ein Budget von minus 183 Millionen Franken vom Regierungsrat beantragt. Aber bereits in den Jahren 2007 und 2008 werden positive Rechnungsabschlüsse mit schwarzen Zahlen geplant. Trotz des prognostizierten Konjunkturinbruchs im Jahre 2009 und seiner erwarteten Mindersteuererträge ist der mittelfristige Ausgleich gewährleistet. Mit anderen Worten: Der kantonale Finanzhaushalt – und das ist dem Regierungsrat sehr wichtig – kommt aus seinem bisherigen Engpass heraus. Eine wichtige Hausaufgabe macht der Regierungsrat diesen Winter, nämlich die Investitionen zu überprüfen. Die Gründe für die geplante Besserung unseres Finanzhaushaltes sind einerseits die zwei Entlastungsprogramme in Milliardenhöhe. Aber zur Verbesserung des Finanzhaushaltes gehört im Prinzip auch die beantragte Steuerfusserhöhung auf 105 Prozent. Zur Besserung trägt auch bei – und das wurde in Ihrem Rat wiederholt erwähnt – der Golderlös. Immerhin 1,1 Milliarden Franken gehen Ende dieses Jahres ins Eigenkapital. Und das Ei-

genkapital wird über die kommenden Jahre auf einer guten Höhe praktisch konstant bleiben.

Ich habe erwähnt, 105 Prozent sind ein wichtiger Pfeiler, um unseren Finanzhaushalt zu gesunden. Nebst den Spar- und Entlastungsprogrammen hat das Personal einen äusserst grossen Beitrag leisten müssen und zahlreiche Leistungskürzungen sind im Rahmen dieser beiden Entlastungspakete San04 und MH06 erfolgt.

Ein Steuerfuss von nur 100 Prozent hiesse aber, das Defizit im Jahr 2006 auf ganze 402 Millionen Franken unverantwortlich anwachsen zu lassen. Auch würden wir im Jahr 2007 statt einer praktisch ausgeglichenen Rechnung ein grösseres Defizit einfahren. Und wie erwähnt gehen 1,1 Milliarden Franken ins Eigenkapital. Das würden wir dann über zwei Jahre um ganze 450 Millionen Franken straffen. 100 Prozent heisst auch, den mittelfristigen Ausgleich zu verpassen. Das darf und soll nicht gleich sein, wie wir um eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ringen. Grössere Defizite einzufahren, schadet dem Ruf unseres Kantons Zürich. Und wenn wir zwischendurch wieder stolz sind, dass wir das Triple-A einfahren, das Triple-A als Bewertungsgrundlage von aussen stehenden Institutionen, dann seien Sie sich bitte auch bewusst, dass wir nicht über Jahre wegen der Haltung des Steuerfusses auf 100 Prozent Defizite einfahren dürfen.

Weiter gebe ich Ihnen zu bedenken, dass der vor Ihnen liegende dicke KEF, Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan, Planungsrisiken beinhaltet. Die geplanten Steuererträge setzen ein sehr gutes Wirtschaftswachstum voraus. Vom neuen Finanzausgleich NFA wissen wir ja auch heute noch nicht genau, wie hoch er tatsächlich unseren Kanton belasten wird. Und Sie alle wissen, dass jedes Sanierungspaket auch mit Unwägbarkeiten in der schlussendlichen Durchsetzung belastet ist. Wenn zu all dem, was ich jetzt als Planungsrisiken dargestellt habe, lediglich ein Steuerfuss von 100 Prozent festgelegt wird, dann kommt unser Finanzhaushalt in eine äusserst schwierige Situation. Mit einem Steuerfuss von 100 Prozent stehen wir de facto vor dem dritten Sanierungsprogramm. Das dritte Sanierungsprogramm wird sehr hart sein, weil wesentliche Faktoren der bisherigen Sanierungspakete dahinfallen werden. Ich erwähne die Personalkosten. Wir geben schon für nächstes Jahr 0 Prozent Teuerung und dann minimste Teuerungsausgleiche, das heisst, wir verlangen vom Personal einen Reallohnverzicht, der ansteigt über die nächsten Jahre. Wenn Sie 100 Prozent festlegen, sind dem

Regierungsrat auch bezüglich Steuerfuss die Hände wesentlich gebunden beziehungsweise seine Handlungsfähigkeit ist eingeschränkt. Und die dritte Variable, die Steuerprognose durch Wirtschaftswachstum: Es kann keine Rede davon sein, dass man sie nach oben korrigieren würde. Folglich bleibt die vierte Variable für das dritte Sanierungspaket, das heisst primär Leistungsabbau und damit verbunden ein Stellenabbau. Das bedeutet, diesen Stellenabbau ergänzend zu den bereits geplanten 1400 Stellen der beiden bisherigen Entlastungsprogramme einzutragen.

Ich möchte nun noch zu den Kürzungen sprechen. Es werden nun x Kürzungsanträge über 2 Prozent pauschal kommen. Diese wollen die Globalbudgets um 2 Prozent des Aufwands kürzen. Diese Kürzung soll, wie Sie wissen, ausschliesslich mit Effizienzsteigerungen erreicht werden, was äusserst problematisch ist. Da geht es um Verträge sowie um Treu und Glauben, die nicht verletzt sein dürfen, und um festgelegte Leistungen, die gegebenenfalls zwingend vertraglich gebunden erbracht werden müssen. Ob diese Kürzungen auch umgesetzt werden können und dabei gesetzliche Pflichten erfüllt werden sollen oder nicht mehr, muss im Einzelfall geprüft werden. Diese Prüfung hätte während den Beratungen in den Kommissionen stattfinden sollen und kann nun nicht einfach pauschal hier in dieser Budgetdebatte erfolgen. Kürzungen führen bei Leistungsgruppen mit aufwandabhängigem Ertrag dazu, dass der Aufwand um mehr als die beabsichtigte prozentuale Kürzung gesenkt werden muss. Anträge von 2 Prozent führen somit nicht zu den beabsichtigten Ergebnissen. Lineare Kürzungen widersprechen auch dem Anspruch von Kantons- und Regierungsrat, einzelne Leistungsgruppen zu steuern und innerhalb des Voranschlags Prioritäten zu setzen. Eine ausführliche Diskussion der einzelnen Anträge im Kantonsrat würde nun die Debatte erheblich verlängern. Die Mitglieder des Regierungsrates nehmen folglich in dieser Budgetdebatte keine Stellung mehr zu den einzelnen 2-Prozent-Anträgen.

Und noch etwas wäre schlimm: nämlich ein budgetloser Zustand. Der Verzicht des Kantonsrates, gegebenenfalls den Voranschlag nicht festzulegen, würde verunsichern und der Zürcher Finanzpolitik kein gutes Zeugnis ausstellen. Ein budgetloser Zustand würde sich auch auf die Geschäftspartner, aber auch auf die Leistungsempfängerschaft negativ auswirken, weil neue Vorhaben zumindest vorläufig nicht in Angriff genommen werden könnten, vor allem im Bereich der Investitionen.

Ich fasse zusammen: Eine Steuererhöhung auf 105 Prozent ist ein Gebot der Stunde, um den Kanton finanziell zu gesunden und die Standortqualität zu erhalten. Die Steuerfusserhöhung ist im Verbund mit anderen Entlastungsmassnahmen eine politisch ausgewogene Lösung. Der Kanton braucht ein Budget 2006. Der Regierungsrat bittet Sie, Ihre finanzielle Verantwortung wahrzunehmen.

Ich komme zu den Anträgen. Im Namen des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, den Steuerfuss auf 105 Prozent festzulegen und den Voranschlag 2006 gemäss dem Antrag des Regierungsrates ebenfalls festzulegen. Der Regierungsrat stellt Ihnen den Antrag, auf die 2-Prozent-Kürzungen zu verzichten.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Damit ist die Grundsatzdebatte abgeschlossen und der Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan 2006 bis 2009 vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft 3 ist erledigt.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Wir kommen zur Beratung des Steuerfusses, Traktandum 4. Die allgemeine Debatte haben wir zusammen mit dem Budget und dem KEF geführt. Wir kommen nun zur Detailberatung der Steuerfussvorlage 4282a.

Detailberatung

Titel und Ingress

Alfred Heer (SVP, Zürich): Ich möchte nur festhalten,

dass wir für diese Abstimmung einen Namensaufruf beantragen.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Alfred Heer beantragt Abstimmung unter Namensaufruf. Wir werden später darauf zurückkommen.

I.

Minderheitsantrag Stefan Feldmann, Julia Gerber Rüegg, Adrian Hug (in Vertretung von Regula Mäder-Weikart), Natalie Vieli und Erika Ziltener:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2006 bis 2007 wird auf 105 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.

Werner Bosshard (SVP, Rümliang), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Wir haben es bereits gehört und hören es immer wieder: Der Steuerfuss ist nicht das einzige Kriterium für die Standortgunst unseres Kantons. Aber genau so wenig ist es natürlich der 30-Minuten-Takt mit dem öffentlichen Verkehr bis in die hintersten Winkel des Kantons oder die Eisenbahnverbindung von Wald nach irgendwo, die durch den Bus ersetzt werden sollte. Die Berechnungen des Tagesanzeigers kürzlich, die ich natürlich akzeptiere – die sind sicher gut gemacht – zeigen ja, dass der Steuerfussantrag des Regierungsrates die in Aussicht gestellten Steuererleichterungen gleich wieder zu einem grossen Teil zunichte machen, wenn der Steuerfussantrag des Regierungsrates auf 105 Prozent durchkommt.

Gestatten Sie mir noch etwas zum Giftschrank «Einsparungen und Steuergeschenk» zu sagen. Der Giftschrank «Einsparungen» ist ja gerade am 30. November 2005 da beschlossen worden und ist dann rechtzeitig auf die Budgetdebatte uns hier präsentiert worden. Natürlich, das ist ein Giftschrank. Man könnte sich aber auch fragen: Wie wäre es, wenn einmal im Backoffice statt an der Front gespart würde oder in der Teppichetage oben?

Dann möchte ich Regierungsrätin Dorothee Fierz danken für die Information betreffend die Kreierung des Immobilienamtes; ich habe sie soeben bekommen. Und was liest man da? Es sollen vier Stellen neu geschaffen werden in diesem Immobilienamt. Da fragt man sich wieder: Wieso macht man es denn, wenn man nachher mehr Stellen braucht als vorher?

Noch etwas zu den Steuergeschenken. Wer sagt denn eigentlich, 105 Prozent seien ein sozialer Steuerfuss und 100 Prozent seien ein Steuergeschenk? Das sind einfach politische Ansichten. Ich habe Verständnis für andere politische Ansichten, aber ich habe kein Verständnis für das Schlagwort «Steuergeschenk» und ich habe kein Verständnis für solche

blöden roten Pakete, die mir da auf den Tisch gestellt werden. Bei einer Spitzenbelastung von 100 Prozent Staats- und 100 Prozent Gemeindesteuersatz, von zweimal 13 Prozent plus 11 Prozent Direkte Bundessteuer gleich 37 Prozent Spitzensteuersatz kann man beileibe nicht von Steuergeschenken sprechen. Das heisst, dass Gutverdienenden mehr als jeder dritte Franken weggenommen wird. Ich bitte Sie also eindringlich, dem Mehrheitsantrag der Finanzkommission zuzustimmen und den Steuerfuss bei 100 Prozent festzulegen.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Namens einer Minderheit der Finanzkommission beantrage ich Ihnen, den Steuerfuss für die Jahre 2006 und 2007 auf 105 Prozent der einfachen Staatssteuer festzulegen und damit dem Antrag des Regierungsrates zu entsprechen. Wir haben heute Morgen und heute Nachmittag in der Grundsatzdebatte viele Zahlen gehört – das ist so, wenn es um die Finanzen geht –, teilweise notwendig, teilweise unvermeidlich. Solche Diskussionen neigen aber dazu, dass man wegen der vielen Zahlen leicht über ein paar Tatsachen hinweg sieht; ob bewusst oder unbewusst, bleibe einmal dahingestellt. Erlauben Sie mir deshalb, dass ich Sie hier an drei solche Tatsachen erinnere.

Erstens: Der Kanton Zürich hat in den letzten Jahren dank zahlreicher Steuergesetzänderungen, Steuerabschaffungen und Steuerfussenkungen die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich deutlich entlastet. Die diversen Entlastungen summieren sich inzwischen auf 833 Millionen Franken jährlich, sie summieren sich also auf gut 18 Steuerprozent. Die von bürgerliche Seite kolportierte Behauptung, der Kanton Zürich sei eine Steuerhölle oder dem Schatz bleibe immer weniger zum Leben, entpuppt sich angesichts dieser Tatsache schlicht und einfach als Schimäre.

Zweitens: Die von der bürgerlichen Ratsseite im Dezember 2002 durchgedrückte 5-prozentige Steuerfussenkung brachte den sowieso schon fragilen Finanzhaushalt des Kantons Zürich endgültig aus dem Gleichgewicht. Seither hangeln wir uns von Sparprogramm zu Sparprogramm, vom Sanierungsprogramm 04 zum Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 und möglicherweise weiter. Die seinerzeitige Steuerfussenkung, über deren Rückgängigmachung wir heute hier entscheiden, war nichts anderes als der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Drittens: Wird diese letzte Steuerfussenkung, die sich klar als Fehler erwiesen hat, nicht rückgängig gemacht, so wird der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung erneut verfehlt und es ist klar, dass der Regierungsrat gezwungen ist, ein weiteres Sparpaket aufzulegen. Und welche Massnahmen diesbezüglich angesagt sind, hat uns der Regierungsrat bekanntlich letzte Woche mitgeteilt. Es wäre ein Sparpaket – Finanzdirektor Hans Hollenstein hat es vorhin auch wieder gesagt –, welches die beiden bisherigen bezüglich Härte zweifellos noch übertreffen würde. Die Schliessung von Spitälern, die Schliessung von Berufsschulen, die Schliessung von Berufsberatungsstellen, weniger Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung, die Aufhebung von abendlichen Zugsbegleitungen, eine Kürzung des Finanzausgleichs für die Gemeinden, eine Kürzung der Lastenabgeltung an die Stadt Zürich, weniger Ausbildung von Polizeikräften, weniger Geld für die Sonderschulen, weniger Krankenkassenprämienverbilligung für Erwachsene, die Abschaffung von Zulagen zu AHV und IV. Sicherlich, bisher handelt es sich bei dieser Aufzählung um mögliche Massnahmen. Wenn Sie aber glauben, dass es am Ende schon nicht so weit kommen werde, dass am Ende schon nicht das Spital in Ihrem Bezirk geschlossen werde, dass am Ende schon nicht Ihre Stadt von der Schliessung von Berufsschulen betroffen sein werde, und wenn Sie glauben, dass der zusätzliche Einsparungsbedarf von 450 Millionen Franken einzig und allein durch die Nutzung von Synergien und Strukturanpassungen oder durch eine parlamentarische Spezialkommission kompensiert werden kann, dann – Entschuldigen Sie bitte den Ausdruck! – lügen Sie sich in den Hosensack.

Wenn Sie heute, meine Damen und Herren auf der anderen Ratsseite, nicht anders können oder nicht anders dürfen, als für einen Steuerfuss von 100 Prozent zu stimmen, dann sagen Sie wenigstens später nicht, Sie hätten nicht gewusst, was auf Sie und Ihre Wählerinnen und Wähler zukommt. Die Kommissionsminderheit hält ausschliesslich aufwandseitige Massnahmen zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs der Laufenden Rechnung für unverantwortlich. Sie erteilt einer Politik, die durch das Ausbluten der Finanzen den Staat zu radikalen Sparmassnahmen zwingen will, eine klare Absage.

Wie die Kommissionsminderheit hält auch die Sozialdemokratische Fraktion nichts von einer solchen Politik. Sie ist nicht bereit, die Sanierung des Finanzhaushaltes ausschliesslich und einzig und allein auf dem Buckel jener Menschen auszutragen, die auf die Unterstützung durch

die Gemeinschaft angewiesen sind. Wir sind nicht bereit, den Staatshaushalt einzig und allein auf Kosten von Patientinnen und Patienten, von Schülerinnen, Schülern und Studierenden, von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern, zu Lasten von Angestellten dieses Kantons, aber auch auf Kosten der KMU und auf Kosten der Umwelt auszutragen. Wir wehren uns dagegen, dass die Sanierung ausschliesslich und einzig und allein zu Lasten dieser Menschen erfolgt, dass aber gleichzeitig die Bessergestellten und Wohlhabenden in den vergangenen Jahren von Steuerfussenkungen und Steuerabschaffungen überproportional profitiert haben, in der aktuell schwierigen finanziellen Situation, die allen Opfern abverlangt, als einzige geschont werden, dass ihnen gar – ich denke da etwa an die in diesem Rat in Kürze zu diskutierende Abschaffung der höchsten Progressionsstufe – weitere Steuergeschenke gemacht werden.

Die SP-Fraktion ist allerdings nicht blauäugig. Sie ist sich sehr wohl bewusst, dass die Rückgängigmachung der letzten Steuerfussenkung allein den Finanzhaushalt nicht ins Lot bringt. Sie ist sich bewusst, dass auch staatliche Aufgaben und Leistungen überprüft und hinterfragt werden müssen. Sie ist sich im Gegensatz zu anderen politischen Kräften bewusst, dass der Finanzhaushalt zwei Seiten hat und dass diese nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können. Die SP-Fraktion hat deshalb das Ansinnen des Regierungsrates begrüsst, mit dem Runden Tisch den Versuch zu unternehmen, die finanzpolitischen Schützengräben, in die wir uns hier in diesem Rat in den letzten Jahren eingegraben haben, aufzubrechen. Die SP-Fraktion war am Runden Tisch deshalb bereits zusätzlich zum Sanierungsprogramm 04 und zum Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 nochmals Einschnitte bei der Leistungserbringung hinzunehmen. Wir waren bereit, nochmals Abstriche beim Personal zu akzeptieren; Einschnitte und Abstriche, die – ich verrate Ihnen hier kein Geheimnis – für alle von uns nicht nur an der Schmerzgrenze, sondern eigentlich bereits deutlich darüber liegen. Aber wir waren am Runden Tisch im Interesse des Kantons Zürich bereit, dies zu akzeptieren – im Wissen darum, dass dadurch noch Schlimmeres verhindert werden kann.

Wir haben, lieber Kollege Beat Walti, am Runden Tisch den finanzpolitischen Schützengraben wirklich verlassen und waren bereit, an einer pragmatischen ausgaben- und einnahmenseitigen Sanierung des Finanzhaushaltes mitzuwirken. Und wir sind es auch heute noch.

Die Sozialdemokratische Fraktion ist bereit, alle ihre Minderheitsanträge beim Voranschlag, welche auf eine Rückgängigmachung von Sparmassnahmen abzielen, zurückzuziehen, wenn die bürgerliche Ratsseite hier und heute bereit ist, ihren Schützengraben ebenfalls zu verlassen. Wir hoffen darauf, dass es in Ihren Reihen genügend pragmatische Kräfte gibt, die bereit sind, Hand zu einer Lösung zu bieten. Es wäre sehr bedauerlich, wenn der runde Tisch, der zum Aufbrechen der finanzpolitischen Fronten gedacht war, durch sein endgültiges Scheitern heute hier zu einer weiteren Verhärtung dieser Fronten führen würde. Es dürfte Ihnen klar sein, dass wenn Sie heute den Kompromiss ausschlagen, die Bereitschaft von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, irgendein über den runden Tisch hinaus gehendes Sparprogramm mitzutragen, an einem verschwindend kleinen Ort ist. Wir sind nicht bereit, den Kanton Zürich auf dem Altar des Steuerfussfetischismus zu opfern, und wir sind sicher, dass auch das Zürcher Volk dazu nicht Hand bieten wird.

Wir sind heute hier, um zu entscheiden, ob in diesem Kanton in einer finanzpolitisch schwierigen Situation finanzpolitische Kompromisse über ideologische Differenzen möglich sind oder nicht. Ich bitte Sie, diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrates und der Kommissionsminderheit zuzustimmen. Besten Dank.

Robert Marty (Affoltern a.A.): Während die Mehrzahl der Fraktionen ihre Haltung in der Steuerfussfrage schon im Sommer 2005 bekannt gegeben hat, liess sich unsere Fraktion bewusst sehr lange Zeit, ihren Entscheid zu fällen. Wir waren damals wie heute klar der Meinung, dass ein Entscheid sinnvollerweise erst zu fällen ist, wenn die wesentlichen Informationen auf dem Tisch liegen. Diese Haltung habe ich für unsere Fraktion bereits im März 2004 bei der Beratung der Sanierungsmassnahmen 04 in diesem Rat kundgetan. Heute nun stellt sich uns die Frage: Was hat sich seit damals verändert und was nicht? Und was ist davon für die Entscheidfindung in der Frage der Steuerfusshöhe wesentlich?

Lassen Sie mich vorweg jene Punkte anführen, welche unverändert geblieben sind. Unverändert ist das Finanzhaushaltsgesetz in Kraft, welches vorsieht, dass aufwandseitig Massnahmen zu treffen sind, wenn der mittelfristige Ausgleich verfehlt wird – und nicht auf der Ertragssei-

te. Unverändert sind auch die Grundlagen für den Steuerertrag. Bereits im Zeitpunkt der Erstellung des Sanierungsprogramms 04 war bekannt, dass das Steuergesetz geändert wird, und zwar sowohl in Bezug auf die Besteuerung von juristischen wie natürlichen Personen. Unverändert ist auch die Feststellung, dass die Staatsausgaben weiter wachsen. Lediglich gegenüber fantastischen Planzahlen aus alten KEF sind Milliardenbeträge eingespart worden. Unverändert ist mit andern Worten die Tatsache, dass der Kanton Zürich kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat. Dies verdeutlichen die Zahlen, welche uns in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben zum Steuerertrag abgegeben wurden. 1999 noch lag der 100-prozentige Steuerertrag bei 3,2 Milliarden Franken. Für 2006 nun wird mit 4 Milliarden Franken budgetiert und – ich wiederhole – auf der Basis von 100 Steuerprozenten. Mir ist nicht bekannt, dass Wirtschaft und Volkseinkommen im selben Umfang gewachsen sind.

Wenden wir uns damit der Frage zu, was sich seit Verabschiedung von San04 und MH06 geändert hat. Vorerst wurde die Umsetzung des MH06, die im September 2004 präsentiert wurde, um ein Jahr hinausgeschoben. Allein deshalb wird offenbar das ursprünglich formulierte Sparpotenzial für 2006 um 167 Millionen Franken verfehlt. Zum andern – und dies mag eine Erklärung sein für die verzögerte Umsetzung des MH06 – fliessen rund 1,6 Milliarden Franken in den Ausgleich; eine Summe, welche in keinem früheren KEF erschienen ist und auch nicht Gegenstand des Sanierungsprogramm 04 war. Die Regierung ist uns bis heute die Antwort schuldig geblieben, wie sie den Haushalt hätte ins Gleichgewicht bringen wollen, wenn das Gold nicht zu Hilfe genommen werden könnte. Schliesslich steht seit anfangs November 2005 fest – Beat Walti hat das mit Bedauern heute schon erwähnt –, dass Zürichs Finanzkraft im interkantonalen Vergleich abgenommen hat. Dies führt dazu, dass der Kanton ab 2006 mit wesentlich höheren Beiträgen beziehungsweise tieferen Abgaben an den Bund rechnen darf. Wenn ich von wesentlichen Beiträgen spreche, so bedeutet dies über 45 Millionen Franken oder ein Steuerprozent jährlich, das – natürlich zu Recht – noch nicht ins Budget 2006 eingeflossen ist.

Nun werden Sie einwenden, dass dies zwar alles richtig sei, der Haushalt aber gleichwohl noch nicht ausgeglichen sei und daher eine Steuerfusserhöhung unumgänglich sei. So richtig wie die Feststellung zum Haushaltsgleichgewicht ist, so falsch ist die daraus abgeleitete Schlussfolgerung, die Steuern nun zu erhöhen. Sämtliche umliegenden Kantone

fahren eine progressive, um nicht zu sagen aggressive, Strategie, welche darauf abzielt, in Bezug auf die Steuerbelastung attraktiver zu werden. Dem setzt Zürich ganz unbedarft eine Steuerfusserhöhung entgegen und verzichtet darauf, einmal ins Auge gefasste strategische Massnahmen zum Erhalt oder gar zur Erhöhung des Steuersubstrates weiter zu verfolgen. Bereits zu Beginn des runden Tisches haben wir klar gemacht, dass wir ohne klare strategische Ausrichtung einer Steuerfusserhöhung auf 105 Prozent nicht zustimmen können. Daran halten wir heute fest.

Im Sinne einer gewissen Kontinuität, aber noch mehr als positives Signal an die Zürcher Wirtschaft und an die Zürcher Bevölkerung unterstützen wir den Antrag der FIKO, den Steuerfuss für die nächsten beiden Jahre bei 100 Prozent zu belassen.

Adrian Hug (CVP, Zürich): Robert Marty, wir haben in diesem Frühsommer versucht, einen Weg miteinander zu gehen mit dem runden Tisch. Ganz unabhängig davon, ob er erfolgreich war oder nicht, war eine Erkenntnis des runden Tisches ganz eindeutig: Alleingänge, der Versuch mit der Gewichtung eines einzelnen Faktors zu einer gemeinsamen Finanzpolitik zu kommen, die in diesem Kanton Erfolg haben kann, solche Fixierungen auf einen Punkt können nicht zum Erfolg führen. Natürlich hat die Wirtschaft Freude, wenn der Steuerfuss auf 100 Prozent bleibt, das will ich nicht bestreiten. Aber es ist angekündigt und es ist sicher: Wir werden weitere Sparmassnahmen beschliessen müssen. Und für diese Sparmassnahmen braucht es in erster Linie Glaubwürdigkeit von Regierung und diesem Parlament, Vertrauen der Betroffenen in die Entscheide, die hier fallen. Und dieses Vertrauen wird durch einen solchen Entscheid, wie ihn jetzt die rechte Ratsseite fällen wird, untergraben. Glauben Sie den wirklich, man werde mit dem Personal erfolgreich über weitere Einschränkungen verhandeln können mit dieser Vorgabe? Glauben Sie denn, Sie werden mit der Bevölkerung darüber diskutieren können, Werner Bosshard, wo welche S-Bahnstrecken geschlossen werden sollen, wenn wir solche Entscheide fällen?

Es mag eine simple Feststellung sein, dass man Opfersymmetrie anstrebt, aber ich glaube wirklich, ohne Opfersymmetrie wird es keine erfolgreiche Sanierung der Finanzen in diesem Kanton geben. Sie brauchen für eine erfolgreiche Finanzpolitik ganz überwiegende Mehrheiten

in diesem Rat und nicht Mehrheiten von einer oder zwei Stimmen. Die Retourkutsche wird kommen von irgendeiner Seite. Und aus diesem Grund ist die Hoffnung, mit dem jetzigen Entscheid, so, wie Sie ihn fällen wollen, wirklich die grosse Wende herbeizuführen, reine Illusion. Sie werden diesen Entscheid in den nächsten Jahren mehrfach und mehrfach büssen.

Natalie Vieli-Platzer (Grüne, Zürich): Stefan Feldmann hat mehr oder weniger bereits alles abgedeckt, was den Minderheitsstandpunkt auch in der FIKO anbelangt. Die Grünen betrachten den Voranschlag, den Massnahmenplan und auch den Steuerfussantrag als ein Gesamtpaket mit einnahmen- und ausgabenseitigen Massnahmen. Die Steuerfusserhöhung um 2 Prozent ist Teil des Massnahmenplans 06 und 3 Prozent waren bereits im letzten KEF eingestellt. Im Dezember letzten Jahres anlässlich der Abstimmung zum Sanierungsprogramm sagten dann auch die bürgerlichen Parteien, in der gegenwärtigen Finanzlage könnte eine moderate Steuererhöhung im Dezember 2005 nicht ausgeschlossen werden. Wir stehen nun an diesem Punkt. Die gegenwärtige Lage zeigt ganz klar, dass eine Steuerfusserhöhung unumgänglich ist. Ohne sie liegt ein Aufwandüberschuss von über 400 Millionen Franken vor.

Wir erachten einen solchen Voranschlag für verantwortungslos. Sollte eine Mehrheit dieses Rates einem Steuerfuss von 100 Prozent zustimmen, dann sollen auch die einzelnen Sparmassnahmen einzeln aufgezeigt, diskutiert und auch darüber entschieden werden. Wir haben deshalb für diesen Fall auch Eventualanträge gestellt im Voranschlag und werden die Minderheitsanträge zur Rückgängigmachung der Sparmassnahmen aus dem Massnahmenplan allesamt unterstützen.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Wir haben heute Morgen bereits in unserem Eintretensreferat gesagt, was wir darüber denken, über die Rückgängigmachung der Steuerfussenkung und die Erhöhung. Wir stehen weiterhin voll dahinter. Es gibt keinen anderen Weg.

Es wird immer noch von Sparpotenzial gesprochen. Es wird immer noch in die Welt gesetzt, dass noch Fleisch am Knochen sei und dass man da schon noch etwas wegnehmen könne. Aber ich möchte einfach klipp und klar – und das tue ich jetzt speziell – daran erinnern, wie es zu und her ging beim Sanierungsprogramm 04. Da hat auch die rechte Seite immer wieder ihr Veto eingelegt, wenn es um spezielle Gruppen

ging. Und bei einer dieser Gruppen war ich auch ganz speziell dabei; da ging es um die Bauern. Ich bin Bauer, ich bin Bergbauer, das wissen Sie. Es ging um die Hangbeiträge und die haben wir gerettet. Und die hat vor allem die linke Seite gerettet zusammen mit uns in der Mitte. Viele Bauern waren froh. Ich denke an diese denkwürdige Bauernverbandsdelegiertenversammlung, wo sich die Bauern dieses Rates dann sehr gut verteidigen konnten und ausrufen konnten. Dem Regierungsrat haben Sie nur ein halbes Wort gegeben, weil Sie gedacht haben, der Regierungsrat spare unverhältnismässig bei der Landwirtschaft. Dabei haben Sie das verursacht. Ich möchte Sie daran erinnern: Ich bin sicher, dass Sie in einer nächsten Sparrunde drankommen werden, und nicht nur die Arbeiter werden dann die Leidtragenden sein; es werden auch die Bauern sein. Der soziale Friede ist wirklich in Gefahr und nicht nur bei irgendeiner Schicht, von der Sie meinen, sie ginge Sie nichts an. Es wird viele Schichten treffen und ich denke, wenn Sie ein bisschen auch Gerechtigkeitssinn und Gefühl haben, dann müssten Sie doch sagen: Wieder 5 Prozent, die wir bei einer Schicht abholen, die es wirklich zahlen kann, bei den Managern, die viel Geld einnehmen und manchmal zu viel, sehr viel zu viel! Da kann es doch nicht sein, dass wir jetzt über diese 5 Prozent streiten, die unsere Standortattraktivität weiterhin retten und weiterhin halten. Es geht nicht nur darum, dass die Inhaber und damit die Geschäfte zufrieden sind, sondern die ganze Bevölkerung des Kantons Zürich.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Ich möchte auf ein Argument eingehen, das Robert Marty gebracht hat und das heute besondere Aktualität hat: das Argument, der Kanton Zürich verschlechtere mit einer Steuererhöhung seine Position im Steuerwettbewerb. Und dieser sei ganz wichtig im Rahmen des Standortwettbewerbs. Die FDP hat ja bei dem, was sie wahrscheinlich ein Vorstoss-Paket nennt – das ist so klein, dafür kann man fast keinen korrekten Namen finden – doch den Steuerwettbewerb den liberalen Weg genannt. Der liberale Weg führe nach Zug und nach Schwyz. Und seit gestern muss man auch sagen, der liberale freisinnige Weg führe nach Obwalden. Dieser Steuerwettbewerb – ich sage es ganz deutlich – ist ein Skandal! Er widerspricht der Bundesverfassung und er schadet unserem ganzen Land. Denn das Land profitiert davon, dass es Grossstädte gibt, die ein Kulturangebot haben, die eine S-Bahn haben, die sehr viel tun für die Sicherheit in diesem Land, die die Sicherheitsprobleme einer Grossstadt, die vom ganzen Land frequentiert

wird, lösen. Die Stadt Zürich lebt davon, dass sie auch eine Universität hat, und diese strahlt nicht nur bis an die Kantons Grenzen aus, diese strahlt auch nach Obwalden aus. Der gleiche Kanton Obwalden, der gestern – gegen die Stimmen der mutigen SP-Sektion in Obwalden übrigens – einer drastischen Steuersenkung zugestimmt hat, der gleiche Kanton Obwalden hat sechs Wochen nach der Kantonsratsdebatte einen Bettelbrief nach Bern geschickt. Sie seien nicht in der Lage, die Hochwasserschäden selber zu tragen, und der Bund solle ihnen doch bitte helfen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen! Oder ist das der liberale Weg, der am Schluss dazu führt, dass Zürich einen Bettelbrief nach Bern schicken muss? Ja glauben Sie denn, irgendwer in Bern könne die Probleme des Kantons Zürich lösen? In Obwalden mag das möglich sein, in Zürich ist das ganz sicher nicht möglich.

Für die SP ist jedenfalls klar: Der Bund muss hier einschreiten. Er darf solche exzessiven Unterschiede und diesen selbstmörderischen Steuerwettbewerb innerhalb der Schweiz nicht länger tolerieren. Selbstverständlich ist es traurig, dass dieser im Moment stattfindet. Ich bin aber überzeugt, dass der Kanton Obwalden noch merken wird, was es bedeutet, von zwei, drei Milliarden, die vielleicht dorthin ziehen, abhängig zu sein, die dann auch Auszönungen rund um ihre Villen herum fordern und andere Privilegien. Eine solche Abhängigkeit ist für einen kleinen Kanton mit grossen Problemen nicht schön. Es ist viel vernünftiger, wenn Obwalden auf Arbeitsplätze setzt, auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf mittlere und sichere Einkommen, die längerfristig dort bleiben.

Dieses Argument des Steuerwettbewerbes – ich kann es nicht genug wiederholen – können wir als Kanton Zürich nicht verwenden. Es gibt keinen vergleichbaren Kanton in der Schweiz. Wir stehen in einem anderen Wettbewerb und da zählen andere Trümpfe als nur dieses Steuergesetz, wie es im Kanton Obwalden in unverantwortlicher und verfassungswidriger Weise beschlossen wurde. Vielen Dank.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Steuerfuss auf 105 Prozent festzulegen. Tragen Sie dem Gold Sorge, helfen Sie mit, das Eigenkapital auf einer guten Höhe zu belassen, tragen Sie dem Rating Triple-A Sorge, helfen Sie, unsere traditionellen Stärken von Sicherheit über Bildung bis Infrastruktur zu behalten! Und

nicht zuletzt: Haben Sie ein Herz für unser Personal! Das alles braucht eine Tat, Ihre Festlegung des Steuerfusses auf 105 Prozent.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Alfred Heer, Zürich, hat den Antrag auf Namensaufruf gestellt. Dazu sind 30 Stimmen nötig.

Abstimmung

Für den Antrag, die Abstimmung unter Namensruf durchzuführen, stimmen deutlich mehr als 30 Stimmen. Damit ist das Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Schlussabstimmung unter Namensaufruf

Für den Antrag der FIKO, den Steuerfuss auf 100 Prozent festzulegen, stimmen folgende 89 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Appenzeller John (SVP, Aeugst a.A.); Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Heinrich (SVP, Kloten); Ganz Fredy (FDP, Bassersdorf); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Guex Gaston (FDP, Zollikon); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Haug Hanspeter (SVP, Weinigen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Honegger

Werner (SVP, Bubikon); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Isler René (SVP, Winterthur); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kern Othmar (SVP, Bülach); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Kull-Benz Katharina (FDP, Zollikon); Kuhn Regula (SVP, Illnau-Effretikon); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a.A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Manser Emil (SVP, Winterthur); Marty Robert (FDP, Affoltern a.A.); Meier Oliver B. (SVP, Zürich); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Walter (SVP, Pfungen); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Roesler Peter (FDP, Greifensee); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Sauter Regine (FDP, Zürich); Siegenthaler-Benz Rolf André (SVP, Zürich); Simioni-Dahm Anita (FDP, Andelfingen); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Walther Rolf (FDP, Zürich); Walti Beat (FDP, Erlenbach); Weber-Gachnang Theresia (SVP, Uetikon a.S.); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Zollikon); Zaugg Marlies (FDP, Richterswil); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Gegen den Antrag der FIKO stimmen folgende 89 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Balocco Claudia (SP, Zürich); Brandenberger Markus (SP, Uetikon am See); Braunschweig-Lütolf Ursula (SP, Winterthur); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Bucher-Steinegger Heidi (Grüne, Zürich); Büchi-Wild Renate (SP, Richters-

wil); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Burger Andreas (SP, Urdorf); Bürgi André (SP, Bülach); Burlet Marcel (SP, Regensdorf); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); De Mestral Yves (SP, Zürich); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Eugster-Wick Yvonne (CVP, Männedorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Furter Willy (EVP, Zürich); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Gfeller Matthias (Grüne, Winterthur); Golta Raphael (SP, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Grob Urs (SP, Adliswil); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hächler Patrick (CVP, Gossau); Hany Urs (CVP, Niederhasli); Hardegger Thomas (SP, Rümlang); Hildebrand Esther (Grüne, Illnau-Effretikon); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Holenstein Weidmann Pia (SP, Affoltern a.A.); Hug Adrian (CVP, Zürich); Jaggi Katrin (SP, Zürich); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Keller Ueli (SP, Zürich); Kennel Schnider Andrea (SP, Dübendorf); Krebs Cécile (SP, Winterthur); Kull Martin (SP, Wald); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Leuzinger Romana (SP, Zürich); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Maier Thomas (GLP, Dübendorf); Margreiter Ralf (Grüne, Zürich); Mauchle Thea (SP, Zürich); Müller-Jaag Lisette (EVP, Knonau); Munz Roland (SP, Zürich); Naef Martin (SP, Zürich); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Prelicz-Huber Katharina (Grüne, Zürich); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schmid Peter A. (SP, Zürich); Schulthess Peter (SP, Stäfa); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Seiler Graf Priska (SP, Kloten); Serra Jorge (SP, Winterthur); Sprecher Andrea (SP, Zürich); Spring Monika (SP, Zürich); Stünzi Jürg (Grüne, Küsnacht); Torp Eva (SP, Hedingen); Tremp Johanna (SP, Zürich); Trüb Klingler Marianne (SP, Dättlikon); Vieli-Platzer Natalie (Grüne, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Weibel Thomas (GLP, Horgen); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziegler Thomas (EVP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zollinger Johannes (EVP, Wädenswil).

Der Stimme enthalten hat sich folgendes Ratsmitglied:

Widmer Graf Andrea (FDP, Zürich).

Abwesend ist kein Ratsmitglied.

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Ich gebe Ihnen das Resultat der Abstimmung bekannt: Sie haben sich mit 89 : 89 Stimmen bei einer Enthaltung nicht entschieden. Ich unterstütze den Antrag der Finanzkommission.

Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 89 Stimmen (Stichentscheid des Präsidenten), dem Antrag der FIKO zuzustimmen und den Steuerfuss auf 100 Prozent festzusetzen.

Das Geschäft 4 ist erledigt.

*Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2006
Detailberatung*

1 Regierungsrat und Staatskanzlei

Konto 1000, Regierungsrat und Staatskanzlei

Antrag 1a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -17'391'000

neu: Fr. -17'010'200

Verbesserung: Fr. 380'800

Aufwandreduktion um 2% durch Effizienzsteigerung.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Sie sehen, es wird eine grössere Zahl von Anträgen geben. Ich werde nicht zu jedem sprechen, sondern Referenten für die verschiedenen Anträge sind die Mitglieder unserer Fraktion aus den Sachkommissionen. Ich möchte aber trotzdem noch einige Dinge präzisieren. Das Erste ist einmal das: Ich habe verschiedene Anliegen und ich muss Sie um Verständnis bitten, dass wir es mit diesen Anträgen eben sehr, sehr ernst meinen. Wir sind auch der Meinung, dass einzelne Leute in unserem Parlament durchaus noch lernfähig sind und dass es eben wichtig ist, dass man gewisse Dinge wiederholt, denn es geht ja um Sachfragen, es geht um unseren Staat und es geht nicht um parteipolitische Ideologien. Wir müssen ja die Zukunft unseres Staates bauen. Da möchte ich Ihnen ein Wort mitgeben und das ist eben Folgendes: Nur ein schlanker Staat ist ein gesunder Staat. Denn ein Staat, der zu viel Fett angesetzt hat, der muss ja dann zuerst mal eine Diät haben und redimensionieren, und das müssen wir eigentlich laufend machen.

Nun möchte ich noch verschiedene Punkte kurz aufgreifen. Wir wiederholen immer, wenn es um Bildung geht, «die Jugend ist unsere Zukunft». Die Jugend ist unsere Zukunft. Was wollen Sie dieser Jugend hinterlassen? Schulden. Und wir können nur aus dieser Schuldenfalle herauskommen – und das gilt für den Privaten wie für den Staat –, wenn wir sorgsam mit unseren Aufgaben umgehen. Das betrifft vor allem die Grünen; ich denke da an die Fraktion da drüben, dass man eben, wenn man Geld hat, dieses sorgsam einsetzen muss und nicht einfach beliebig ausgeben kann.

Dann möchte ich noch auf etwas anderes hinweisen und das ist die sogenannte «Schizopolitik», dass man auf der einen Seite sich wünscht – das ist der Trend –, dass wir international globalisieren, liberalisieren. Aber nur die Wirtschaft. Was macht der Staat? Er macht genau das Umgekehrte. Er möchte monopolisieren, wie das in der EU der Fall ist. Darum verstehe ich nicht, warum bestimmte Parteien dorthin gehen möchten.

Und dann möchte ich noch kurz auf die infantile Anwendung der Rasenmähermethode hinweisen. Ja, das ist doch ein Politschlagwort! Die Rasenmähermethode wird völlig falsch verstanden. Wenn man das schon sagt: Der Rasenmäher hat verschiedene Schnitthöhen, das ist mal das eine. Und das Zweite ist auch, dass wenn etwas zu stark gewach-

sen, überwuchert ist, man es ja abschneiden muss; das ist fast ein Naturgesetz.

Nun möchte ich da noch auf etwas hinweisen und vor allem auch den Finanzdirektor darauf ansprechen. Wenn es jetzt lineare Kürzung pro Budget gibt, dann hat das folgende Bedeutung: Was in unserem Kanton nicht funktioniert – auch mit dem KEF nicht –, das ist das Problem der Budgetierung. Es wird von unten nach oben gerechnet, was man eigentlich haben möchte, was man im Vorjahr hat. Dann wird ein Budget gemacht. Die Regierung segnet es ab. Und was sieht man ein Jahr später? Was ist passiert? Die Mehrheit der Abteilungen kann Rücklagen bilden. Rücklagen, die unter Umständen vielleicht verdient und erarbeitet worden sind. Und auf der anderen Seite gibt es Rücklagen, die – und das ist einer der wenigen Punkte, die ein früherer Finanzdirektor einmal richtig gesagt hat in der Finanzkommission – zum Teil ja budgetiert sind. Wenn man davon ausgeht, dann haben wir genügend «Spatzig», dass man eben kürzen kann.

Dann möchte ich noch kurz den Gerhard Fischer drüben von der EVP ansprechen. Ich möchte ihn daran erinnern, weil er vorhin so gewettert hat wegen der Hangzulagen: Es war ein Mitglied der SVP, das dazu beigetragen und den Antrag gestellt hat, dass das nachher durchgeführt werden konnte.

Das wäre, was ich Ihnen hier für diese verschiedenen Anträge, die jetzt kommen, geben möchte. Dann möchte ich Sie bitten, unsere linearen Anträge zu akzeptieren, weil die Budgets überarbeitet werden müssen, damit auch noch gearbeitet werden kann. Ein Budget, das die Regierung abgeseignet hat, ist sakrosankt. Wer hat die Budgetkompetenz? Das ist doch der Kantonsrat! Und daran müssen wir arbeiten. Ich schliesse jetzt, damit wir bald abstimmen können und zu einem guten Ergebnis kommen, weil recht viele von da drüben weggegangen sind. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Verständnis.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Liebe leider sehr lernunwillige Schülerinnen und Schüler von Herrn Lehrer Theo Toggweiler, ich ergreife hier das Wort zum ersten dieser so genannten Rasenmäheranträge und ich verspreche Ihnen, dass ich das auch gleich zum letzten Mal tue. Die SP-Fraktion verzichtet leichten Herzens darauf, zu jedem einzelnen dieser Anträge in der Detailberatung eine gesonderte Replik von sich zu geben. Diese 2-Prozent-Anträge sind ja nur ein trauriges Zeichen

von Hilflosigkeit, von Unfähigkeit und von mangelndem Verständnis für die effektiv in der Verwaltung in den jeweiligen Amtsstellen geleistete Arbeit und für die Prozesse, die dort bearbeitet werden. Sie machen ja keinen Unterschied zwischen Ämtern, die einen reinen Vollzug von Amtshandlungen vornehmen müssen, und Ämtern, die Milliarden von durchlaufenden Beträgen – wie zum Beispiel beim Sozialamt – verwalten müssen. Sie machen überhaupt keinen Unterschied nach der Grösse, nach der Verteilung, nach der Aufgabe. Sie sind schlicht und einfach eine Nebelgranate, hinter der die SVP ihrem Mitglied Theo Toggweiler erlaubt, das angerichtete Schlamassel zu verstecken. Sie verstehen sich auf der Gegenseite – viele verstehen sich als solche und sind es wahrscheinlich auch – als fähige Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie würden nie im Leben auf die Idee kommen, einfach bei allen Funktionen Ihres Betriebs eine Rasenmähermethode anzuwenden. Warum tun Sie es denn bei der staatlichen Verwaltung und Tätigkeit?

Die SP lehnt selbstverständlich sämtliche dieser 2-Prozent-Anträge ab und appelliert an die SVP, doch bitte nach ein paar abgehaltenen Voten von Theo Toggweiler dann den Rest dieser Anträge zurückzuziehen. Denken Sie daran: Jede zusätzliche Kantonsratssitzung kostet den Staat Zürich immerhin 40'000 Franken.

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Die FDP-Fraktion wird keine Massnahme unterstützen, die den Rückbau einer MH06-Position betrifft. Auch wird die FDP die linearen Kürzungsanträge der SVP nicht unterstützen. Die Fraktion wird sich nicht einzeln zu diesen Positionen vernehmen lassen. So wird die FDP das Budget gemäss Voranschlag der Regierung und allen Mehrheitsanträgen unterstützen. Danke.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Zur Position 1000, Regierungsrat und Staatskanzlei: Im Rechnungsjahr 2004 betrug der Aufwand 18,3 Millionen Franken. Im Voranschlag 2006 sind dafür 19 Millionen Franken eingestellt. Dies entspricht einer Steigerung von gut 700'000 Franken. Dazu wurden und werden das Sanierungsprogramm 04 und der Massnahmenplan 06 mit je gut 300'000 Franken in den Budgets 2005 und 2006 wirksam, was zusammen nochmals gut 600'000 Franken ausmacht. Dazu sind der Auftrag, die Leistung und Effizienz, also die Indikatoren im Rechnungsjahr 2004 und im Budget 2006 praktisch identisch. Wenn Sie es nicht glauben, schlagen Sie bitte die Seite 50 des

Budgets auf und überzeugen Sie sich selber. Mit andern Worten klafft zwischen der Rechnung 2004 und dem Budget 2006 eine Lücke von 1,3 Millionen Franken oder gut 7 Prozent bei einer zu rechnenden Teuerung in diesem Zeitraum von maximal 3 Prozent. Dies entspricht nach bereinigter Teuerung bei gleicher Leistung – ich betone nochmals: bei gleicher Leistung auf Seite 50 – einer zusätzlichem Steigerung von gut 4 Prozent. Da ist eigentlich die verlangte 2-prozentige lineare Kürzung zu tief, da schon ein Polster von 4 Prozent bereits im Budget eingebaut wurde.

Wenn Sie dieser wohlbegründeten – und ich sage Ihnen nochmals: wohlbegründet, denn auf Seite 50 können Sie meine Aussagen kontrollieren – und für jedermann und jede Frau nachvollziehbaren Reduktion des Aufwands um 380'000 Franken nicht zustimmen können, frage ich Sie ernsthaft, welche Begründungen man noch nachliefern muss, bis dieses Parlament die Zeichen der Zeit erkennt. Mit andern Worten zweifle ich dann an der Kompetenz dieses Parlamentes, den Budgetprozess seriös zu bestreiten. Stimmen Sie deshalb dieser moderaten und wohlbegründeten Kürzung des Aufwands zu.

Noch zu Ruedi Lais. Ruedi Lais – er ist leider nicht anwesend –, das ist übrigens so ein Einzelfall, wo Sie beweisen können, dass Sie es mit Ihren Worten, die Sie beim Eintreten gesprochen haben, ernst meinen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Lieber Arnold Suter, lieber Theo Toggweiler, wenn Sie davon sprechen, dass man nicht erkannt hat, wie der Budgetprozess geht, dann, muss ich Ihnen sagen, sollten Sie das Prinzip so langsam aber sicher einmal kennen lernen. Wenn man schon einmal von einer Rasenmähermethode spricht, dann sollte man zumindest wissen, ob man einen englischen Rasen möchte oder ob man eine Blumenwiese möchte. Wenn Sie einfach darüber gehen, ohne zu sagen, was Sie wollen, also ohne dass man steuert, kann man eben nicht einfach mähen. Aber Sie, als Landwirt, haben jetzt auch noch Ihre ureigene Kompetenz verloren und wissen nicht einmal, wie das funktioniert. Die SVP-Anträge zeigen, dass Sie nicht bereit sind, zu leiten und Verantwortung zu übernehmen. Sie sagen nicht, wo Sie sparen wollen. Sie sind fantasielos, haben keine Ideen. Sie sind hier, ohne die Prinzipien der Budgetverantwortung umzusetzen, und ich muss Ihnen sagen, da gibt es nur eine Antwort: Wir sagen Nein zu allem, und zwar ohne weitere Diskussionen. Mehr ist das eigentlich nicht wert und mehr sollte es

auch hier nicht kosten. Sie wollen Kosten produzieren, indem Sie mehr Sitzungsgelder wollen; dann nehmen Sie sie halt!

Adrian Hug (CVP, Zürich): Auch die CVP wird diesen linearen Anträgen selbstverständlich nicht zustimmen. Arnold Suter, ich habe Sie in der Kommission darauf angesprochen: Sind die 2 Prozent ernst gemeint? Das heisst, sind es 2 Prozent auf dem Teil der Ausgaben, die effektiv beeinflussbar sind, oder ist es über alles hinweg? Sind es Transferleistungen, seien es gebundene Subventionen et cetera? Die Aussage war klar: Es geht über alles. In zwei, drei Punkten haben Sie zurückgezogen, weil es wirklich völlig lächerlich gewesen wäre, Stichwort «Ausfälle auf nicht einbringlichen Steuern». Wenn man das kürzt, wird ja wohl nichts weiter passieren. (*Heiterkeit.*) Aber im Übrigen haben Sie alles stehen gelassen. Das bedeutet unter dem Strich, dass es nicht 2 Prozent sind, sondern dass es teilweise dort, wo es beeinflussbar ist, 10 Prozent oder 15 Prozent dieser Werte sind. Denn der andere Teil ist fix durch Gesetze et cetera gebunden. Es ist einfach unvernünftig. Diese Anträge sind nicht wohl begründet und man kann sie auf gar keinen Fall so annehmen. Ich gehe gern in eine Debatte über Kürzungsmassnahmen, die vom Kantonsrat beschlossen werden, aber dann bitte auf einer seriösen Grundlage! Das ist keine.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte eigentlich nicht gross erwidern, aber doch etwas einbringen. Peter Reinhard, Sie sprechen immer von Weiterbildung. Was haben Sie in den letzten 20 Jahren gemacht, gelernt in Sachen Kostenrechnung. Wissen Sie überhaupt, was Controlling heisst? Das ist ja das Drama, das wir haben, dass so viele Leute über Controlling sprechen und keine Ahnung haben, was eigentlich gemeint ist. Und darum geht es. Wir haben damals, vor sieben, acht Jahren, bei den Globalbudgets beschlossen, dass die Verwaltung eine Kostenrechnung einführen muss, dass man daraus Ergebnisse erwirtschaften muss, dass bestimmte Leistungen billiger werden sollten. Und das vermisse ich heute. Da hört man noch viel zu wenig davon. Man investiert viel lieber mehr in die Informatik und verpufft das Ganze, muss es nachher abschreiben. Aber Leistungen effizienter herstellen, kann offensichtlich die Verwaltung nicht. Oder sie will das nicht. Um das geht es uns eigentlich und das müssen wir weitervermitteln. Nur dann können wir ein gesunder Staat,

ein schlanker Staat werden. Sonst liegen wir einfach daneben, sonst ist es eine Einbahnstrasse. Das ist eine Aufgabe, die wir Politiker an die Hand nehmen müssen: Wie können wir Leistungen günstiger herstellen? Das muss hier im Raum stehen und ich bitte Sie, das zu beherzigen und mitzunehmen. Dankeschön.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal: Nur ganz kurz zu Peter Reinhard und Adrian Hug. Wenn Sie meinen wohlbe-gründeten Antrag – und ich sagte es deutlich, auf Seite 50 ist es nach-zulesen – so ins Lächerliche ziehen wollen, dann haben Sie gar kein Interesse, eine offene, transparente Budgetdiskussion zu führen. Der Rasenmäher, den Sie da erwähnen, den habe ich nicht gebracht, Peter Reinhard. Ich habe erwartet, dass Sie auf meine Argumente eingehen. Das war nicht der Fall und das ist schade, das ist sehr schade!

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 112 : 59 Stimmen ab.

Konto 1990, Sanierungsprogramm 04, Querschnittsmassnahmen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

2 Direktion der Justiz und des Innern

Konto 2201, Generalsekretariat

Antrag 2a. Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -4'256'900

neu: Fr. -4'169'500

Verbesserung: Fr. 87'400

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf): Ein Blick auf die Rechnungen der vergangenen Jahre zeigt, dass die Justizdirektion für diesen Ausga-

benposten jedes Jahre tiefer in ihre Taschen greift. Zwischen 2000 und 2006 betrug diese Aufwandsteigerung volle 62 Prozent, während die Bevölkerung im Kanton Zürich in derselben Periode lediglich um wenige Prozente gestiegen ist. Da ist die Aufwandreduktionsforderung der SVP eine Lappalie, zumal der Bürger ja nicht nach mehr Dienstleistungen ruft, sondern die Verwaltung mehr oder weniger einseitig ihr Tätigkeitsfeld ausgeweitet hat. Auch dieses Amt unterliegt dem Naturgesetz der automatischen Ausbreitungen, so wie es bisher noch keine Verwaltungsabteilung geschafft hat, von selbst Mass zu halten. Von einer Auszehrung kann daher auch hier keine Rede sein. In der Rechnung 2000 hat dieser Ausgabenposten noch 2,63 Millionen Franken betragen, heute sind es für den Budgetentwurf 2006 genau 4,256 Millionen Franken, eine Verbesserung um 87'400 Franken ist daher durchaus zu vertreten.

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Zu den Sparanträgen der SVP im Bereich der Justiz werde ich mich nur einmal äussern. Die Grünen werden alle so genannten Rasenmäheranträge der SVP ablehnen. Wir akzeptieren keine Kürzungsanträge, die nicht klar deklarieren, welche Leistungen dadurch abgebaut werden. Es ist verantwortungslos, aus dem hohlen Bauch heraus Kürzungen vorzunehmen, ohne deren Auswirkungen zu bedenken. Mit diesen Kürzungen nimmt die SVP in Kauf, dass die Qualität bei der Strafverfolgung und im Strafvollzug abnimmt, jugendliche Straftäter nicht mehr oder viel zu spät einvernommen werden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pendenzenbergen versinken. Die SVP nimmt in Kauf, dass wertvolle Errungenschaften wie die Opferhilfe, die Integration und die Gleichstellung an Bedeutung verlieren. Sie foutiert sich langfristig um die Folgen ihrer Sparanträge. Nach ihren zahlreichen Schlappen bei den Abstimmungen ist das Sparen offenbar noch ihr einziges Thema geblieben. Ich bin überzeugt, dass die Leute das Spiel längst durchschauen.

Ich bitte die SVP, ihre Kürzungsanträge bei der Justiz zurückzuziehen. Sie werden von keiner andern Partei unterstützt. Ihnen wird niemand mehr zuhören. Ihre Kürzungsanträge verursachen Kosten. Sie wissen, eine Ratssitzung generiert Kosten von 40'000 Franken. Im Sinne der Effizienz, die Ihnen ja so wichtig ist, werde ich meinen zweiten Antrag beim Justizvollzug zurückziehen. Ich bitte Sie, folgen Sie meinem guten Beispiel!

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Susanne Rihs, nicht mehr zuhören entspricht dem ersten Äffchen, das sich die Ohren zuhält. Nicht mehr mitreden, wie es Peter Reinhard und Adrian Hug gesagt haben, ist das zweite Äffchen, das die Hand vor den Mund hält und nicht mehr mitreden, mitdiskutieren möchte; doch dafür sind wir eigentlich gewählt. Das dritte Äffchen hält sich die Augen zu, verschliesst nämlich die Augen vor der Wirklichkeit. Ich möchte auch Peter Reinhard und Adrian Hug bitten, sich hier auszusprechen, wo gespart werden soll. Wenn Sie die Position 2201, Generalsekretariat der Justiz und des Innern, anschauen, dann geht es um eine Verbesserung von 87'400 Franken. Die gleiche Position hat gemäss Rechnung 2004 Rücklagen in der Höhe von 110'722 Franken, das heisst, diese Position muss eigentlich gar nichts machen, als bestehende Rücklagen aufzulösen, und das Generalsekretariat der Justiz und des Innern hat immer noch genügend Geld, um die gleiche Einmalzulage ans Personal auszuschütten wie 2004. Also machen Sie sich ein paar Gedanken, ob Sie nicht diese Einmalzulagen ausschütten wollen plus die Verbesserung, die wir beantragen, und dann sprechen Sie oder schweigen Sie für immer.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 109 : 56 Stimmen ab.

Konto 2203, Zentrale Dienstleistungen

Antrag 3a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -1'950'100

neu: Fr. -1'656'400

Verbesserung: Fr. 293'700

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

René Isler (SVP, Winterthur): Noch auf das Votum vorhin wegen der Rasenmähermethode: Sie wissen ja alle selber, dass Budget bezie-

ungsweise Globalbudgets nicht chirurgisch detailliert auseinander genommen werden können. Und wenn ich da höre, dass es in der Justizdirektion kein Fett am Knochen habe, dann kommen mir schon beinahe die Tränen.

Es wurde schon ein paar Mal erwähnt, es sind – sicher nicht unbedingt an der Front – noch überschüssige Mittel vorhanden. Auf den Teppichetagen hat es weiss Gott noch genügend Speck. Einer davon wäre zum Beispiel die unsägliche Gefängnisdirektion. Wenn man sich das vorstellt, wie viele Personen und vor allem auch Geldmittel dort für diese kleine Direktion verschossen werden für jetzt noch etwa fünf Gefängnisdirektoren, kann man sich schon fragen. Wenn man auch die Leistungen für Zentrale Dienstleistungen im langjährigen Schnitt anschaut, kann man weiss Gott nicht sagen, dass die 2-prozentige lineare Kürzung weiss Gott was hinaufbeschwören würde. Ich stelle deshalb den Antrag auf eine Aufwandreduktion von 2 Prozent beziehungsweise die 1,95 Millionen Franken auf 1'656'400 zu senken, sprich: eine Verbesserung von 293'700 Franken.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 99 : 52 Stimmen ab.

Konto 2204, Strafverfolgung Erwachsener

Antrag 4a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -61'171'900

neu: Fr. -59'532'600

Verbesserung: Fr. 1'639'300

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Claudio Schmid (SVP, Bülach): 1,6 Millionen Franken Kosteneinsparungen fordert die SVP-Fraktion bei Nettoausgaben von über 61 Millionen Franken, wie Sie auf Grund unseres Antrages unter dem Punkt

2204 entnehmen. Mit folgenden Beispielen möchte ich Ihnen darlegen, wie wir im Jahr 2006 diese Reduktion der Kosten erreichen werden.

Die per 1. Januar 2005 erfolgte Reorganisation auf Grund einer umfassenden Gesetzesänderung, welche vom Zürcher Souverän im Jahr 2004 an der Urne mit einer grossen Zustimmung sanktioniert wurde, ist weitgehend abgeschlossen. Das Jahr 2006 wird somit bereits erstes Vergleichsjahr auf Grund der Richtwerte 2005. Diese sinnvolle Regionalisierung der elf ehemaligen Bezirksanwaltschaften in fünf neue regionale Staatsanwaltschaften sollte Synergien im personellen wie auch im Sachaufwand generieren. Nur schon die örtliche Regionalisierung müsste Kosteneinsparungen von 10 bis 20 Prozent zur Folge haben. Räumlichkeiten, Logistik, Rechnungsführung und Sekretariat werden zusammengefasst. Eine solche Feststellung beziehungsweise parlamentarische Anfrage sollte man nach dem definitiven Abschluss dieser Reorganisation in Erwägung ziehen und herausfinden, ob tatsächlich massiv Kosten eingespart wurden. Sollten aber die Kosteneinsparungen mit der Ausdehnung der Ressourcen oder Raumverhältnisse absorbiert worden sein, verstehe ich den eigentlichen Sinn einer derartig grossen Reorganisation nicht. Sollten zum Beispiel nur noch durch die Berufsbezeichnung der Staatsanwälte, die vormals Bezirksanwälte waren, ihr Lohnniveau auf ehemalige Staatsanwälte gesteigert werden, würden die Kosten weiterhin nach oben steigen.

Nehmen sie zum Beispiel die ehemalige Bezirksanwaltschaft Bülach: Diese regionale Einheit umfasste zirka 20 Mitarbeiter und beanspruchte mehrere Gebäudeteile. Diese stehen zurzeit ja nicht leer, sondern werden durch die Gerichte beansprucht, anstatt dass man zu diesem Zeitpunkt weitere Bezirksorganisationen wie das Statthalteramt, den Bezirksrat und die Jugendanwaltschaft in unsere Bezirksgebäude zurückführte, mieten diese Bezirkseinheiten weiterhin an teuren Orten ihre Räume. Fazit: Die Gerichte beanspruchen deutlich mehr Raum, was letztendlich bestätigt, dass der Staat die Kosteneinsparungen nicht als wichtiges Anliegen aufnimmt. Offensichtlich funktioniert trotz *wif!* und New Public Management die Kostenüberlegung im Staat nicht konsequent. Sie sehen konkrete Vorschläge zur Effizienzsteigerung mit einer Kostenreduktion, welche die eigentliche Arbeit wesentlich verbessert und erleichtert.

Stimmen Sie unserem Minderheitsantrag zu. Danke.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich komme wieder auf die Rücklagen zu sprechen. Claudio Schmid hat dargelegt, wo Einsparungen und Effizienzsteigerungen möglich sind. Falls Sie diese nicht durchführen wollen, dann bitte ich Sie, die Rechnung 2004 zu konsultieren. Per 31. Dezember 2004 besitzt das Konto 2204, Strafverfolgung Erwachsene, Rücklagen in der Höhe von 1'580'043 Franken. Das heisst, abzüglich dieses Betrages bleibt ein Restersparnis von 60'000 Franken auf diesem Konto. Jetzt müssen Sie mir nur noch sagen, dass bei einem Saldo von 61 Millionen Franken Einsparungen von 60'000 Franken nicht möglich sind!

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 89: 52 Stimmen ab.

Konto 2205, Jugendstrafrechtspflege

Antrag 5a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -30'803'100

neu: Fr. -30'149'500

Verbesserung: Fr. 653'600

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Claudio Schmid (SVP, Bülach): 600'000 Franken sind bei einem Globalbudget von 30 Millionen Franken realistisch zu senken. Auch hier stelle ich fest – und dies erwähnte ich teilweise anlässlich eines Votums zur 2-prozentigen Kostensenkung im vorhergehenden Punkt 2204, Strafverfolgung Erwachsene –, dass dies weitgehend auf organisatorische Massnahmen zurückzuführen wären.

Wieder ein Beispiel: Die Jugendanwaltschaft mietet Räumlichkeiten an erster Lage mitten im Zentrum der Stadt, notabene in einem privaten Prestigegebäude. Die diesbezügliche Miete kommt schätzungsweise auf 50'000 Franken im Jahr. Das könnte man durch eine Reintegration ins Bezirksgebäude locker einsparen. Zu einem Weiteren kommen die steigenden Kostenfaktoren im Jugendstrafbereich, verschiedene Massnahmen und Therapien an «unheilbare» und renitente Jugendliche. Selbst Fachpersonal bezweifelt heute den Trend zur 100-prozentigen therapeutischen und resozialisierenden Massnahmen, womit gehofft wird, dass sämtliche Probleme und Auswüchse durch teure Therapien gelöst werden könnten. Im Gegenzug wirkt sich das Fehlen von Vollzugsanstalten für extrem straffällige Jugendliche negativ auf die präventive Wirkung bei potenziellen jugendlichen Straftätern aus. Viele jugendliche Straftäter sind sich heute sehr bewusst, dass selbst schwere Straftaten hier zu Lande nicht durch drakonische Haftstrafen geahndet werden. Landesverweis bei ausländischen Kriminellen muss vermehrt angewendet werden. Hier sind die Politik und die Justiz gefordert und

müssten sich mittelfristig mit neuen Wegen orientieren. Stimmen Sie unserem Minderheitsantrag zu!

Regula Thalmann-Meyer (FDP, Uster): Erlauben Sie mir, meinem tiefsten Befremden Ausdruck zu geben, und zwar meinem persönlichen Befremden als Präsidentin der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit. Wir haben uns in der KJS mit diesem Globalbudget befasst, haben diese in vier Sitzungen sehr ausführlich behandelt und uns mit KEF und Voranschlag auseinandergesetzt. Ganze drei Anträge, von welchen einer zurückgezogen wurde, wurden in diesen Kommissionsitzungen gestellt, darunter keine dieser 2-prozentigen Rasenmäheranträge. Und wenn heute nun von «locker einsparen» und so weiter gesprochen wird und von Sachen, von denen niemand eine Ahnung hat, was in der Kommission diskutiert wurde, dann überrascht das um so mehr, dass diese Anträge heute überhaupt gestellt werden. Dies desavouiert auch die engagierte und zweckgerichtete Arbeit der Kommission, aller Kommissionsmitglieder und auch der Kommissionsmitglieder dieser besagten Fraktion, die diese Anträge stellt. Damit habe ich nun meinen Ärger zum Ausdruck gebracht und bitte Sie, alle diese Rasenmäheranträge abzulehnen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 94: 50 Stimmen ab.

Konto 2206, Amt für Justizvollzug

Antrag 6a. *Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -138'727'300

neu: Fr. -135'073'400

Verbesserung: Fr. 3'653'900

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf): Unbestritten ist, dass die Inhaftierung, Betreuung und Beschäftigung von Straftätern und damit die Sicherheit eine Kernkompetenz des Staates darstellt, und dass damit auch Kosten verbunden sind. Nicht hier soll gespart werden, sondern bei der intensiven und immer intensiver werdenden Betreuung der Insassen, insbesondere in psychiatrischer und psychologischer Hinsicht. Da menschliches Verhalten nicht prognostizierbar ist, ist es unverantwortlich, den Soziologen und Psychiatern die Möglichkeit einzuräumen, hier ihr Experimentierfeld auszuweiten. Beim Scheitern einer Behandlung haben sich bisher noch kein Politiker und kein Psychiater bereit erklärt, die Verantwortung zu übernehmen. An einen Zusammenhang zwischen als erfolgreich bezeichneter Therapie und frühzeitiger Entlassung und einer damit verbundenen allfälligen Kostensenkung glauben wir nicht. Daher ist dieser Kürzungsantrag auch mit einer hohen Anspruchshaltung der SVP und der Bevölkerung an die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit vereinbar. Zwar lassen sich die einzelnen Sparmassnahmen im MH06 durchaus sehen, die SVP ist jedoch auch hier der Ansicht, dass dieser ausufernde Bereich noch Sparpotenzial zu bieten hat. Im Vergleich zum nahen Ausland ist der Zürcher Justizvollzug eine recht komfortable Angelegenheit. Die Reaktionen der bis zu 80 Prozent ausländischen Insassen lassen daran keinen Zweifel offen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich komme wieder auf die Rücklagen zu sprechen. Im Konto 2206 betrug am 31. Dezember 2003 3'553'460 Franken. Im Jahr 2004 wurden 0 Franken an Einmalzulagen an das Personal ausgeschüttet. Ich kann Ihnen das bestätigen. In der Rechnung 2004, die Sie gutgeheissen haben, steht es so: 0 Franken an das Personal. Es wurden neue Rücklagen gebildet im Jahr 2004, sage und schreibe 700'000 Franken. Der Bestand per 31. Dezember 2004 im Konto 2206 ist 3'902'675 Franken, also mehr, als jetzt eingespart werden soll. Es stehen in diesem Amt Rücklagen auf dem Konto, die wachsen und wachsen und niemand weiss genau, wofür sie zu verwenden sind. Denn Sie haben es gehört, Einmalzulagen an das Personal für gute Leistungen oder Leistungserbringung: 0 Franken! Also muss ich Sie schon fragen, geschätzte Genossinnen und Genossen: Wofür wollen Sie dieses Geld horten? Und ich frage auch Regula Thalmann: Wie haben Sie das Budget angeschaut? Wie haben Sie die Rücklagen im Budget besprochen? Sie müssen nämlich wissen, dass wenn Sie

3'902'675 Franken haben, Sie ohne weiteres dieses 3,6 Millionen Franken einsparen können, ohne dass irgendetwas im Betrieb, im operativen Bereich dieses Kontos, dieser Abteilung passiert. Keine Veränderung, null und nichts! Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 98: 50 Stimmen ab.

Antrag 7a. *Minderheitsantrag Susanne Rihs-Lanz, Bernhard Egg, Renate Büchi-Wild, Martin Naef, Yves de Mestral, Johanna Tremp (KJS)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -138'727'300

neu: Fr. -140'002'300

Verschlechterung: Fr. 1'275'000

Die Kürzung (MH06 Nr. 220601) könnte das Rückfallrisiko von Klienten in psychiatrischen Kliniken, Drogeninstitutionen und Massnahmenvollzugszentren erhöhen und ist deshalb abzulehnen.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Dieser Antrag untersteht der Ausgabenbremse.

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Ich stelle Ihnen den Antrag, auf die Kürzung im Massnahmenplan 06 betreffen Kostenreduktion bei stationären Massnahmen zu verzichten. Bei dieser Kürzung geht es um Massnahmen im Bereich der Drogeninstitutionen, bei der Aufenthaltsdauer in psychiatrischen Kliniken, bei Massnahmenvollzugszentren und Aussenwohngruppen. Es geht also um Menschen, die auf die schiefe Bahn gekommen sind, straffällig, psychisch krank und drogenabhängig sind. Ihnen zu helfen und alles zu tun, damit sie eine Chance bekommen, wieder ein selbstständiges Leben führen zu können, ist unsere Pflicht. Es ist verantwortungslos, in diesen Bereichen zu kürzen und Rückfälle zu riskieren.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag zu unterstützen.

Bernhard Egg (SP, Elgg): Es wird ja kaum der Moment sein heute Nachmittag, um differenziert über den Strafvollzug zu diskutieren – nur folgende Bemerkungen: Wir unterstützen den Antrag von Kollegin Susanne Rihs. Die Massnahmen im Rahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 umfassen in diesem Buch vier Seiten. Es sind zahlreiche Einzelmassnahmen. Ich will nicht auf alle eingehen, das hat keinen Sinn. Einzelne Massnahmen können durchaus akzeptiert werden. Das Gesamtausmass von rund 5 Millionen Franken Einsparungen können wir aber nicht unterstützen. Wir möchten uns nicht auf einzelne festlegen, obwohl der Antrag sich natürlich auf diese einzelnen auf der betreffenden Seite 220'601 des MH06 richtet, die Susanne Rihs erwähnt hat.

Es geht uns um Allgemeines. Wenn man in diesem Ausmass im Strafvollzug sparen will, handelt man sich Dinge ein, die Sie im letzten Geschäftsbericht der Geschäftsprüfungskommission nachlesen können – dort unter dem Titel «Doppelbelegung in der Pöschwies» –, es gilt aber allgemein. Sie handeln sich eine viel grössere Belastung des Personals ein, die heute schon sehr gross ist. Die Gefängnisse sind überfüllt, Sie wissen das. Das Personal läuft am Anschlag. Sie belasten es einfach noch mehr. Dann kommt es zu mehr Schlägereien unter den Gefangenen, das lässt sich auch nachweisen. Es kommt zu viel mehr Übergriffen aufs Personal. Und Sie nehmen zum Beispiel auch in Kauf, dass Entlassene viel weniger gut vorbereitet in die Freiheit entlassen werden. Einen solchen Strafvollzug wollen Sie offenbar. Die Folgen wollen Sie in Kauf nehmen. Sie hätten sogar noch 2 Prozent mehr gekürzt, als es sowieso schon gemacht wird. Und als Ausweg kommt uns Lorenz Habicher noch mit den Rücklagen. Nimmt mich wunder, was für einen Anreiz eine Amtsstelle haben sollte, gut zu arbeiten und dann Rücklagen ausweisen zu können, wenn ihnen das dann umgehend wieder als Sparpotenzial um die Ohren gehauen wird. So kann man ja wohl mit Rücklagen auch nicht umgehen!

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag gutzuheissen.

Thomas Ziegler (EVP, Elgg): Obwohl ich es kaum beweisen kann, bin ich überzeugt, dass Kürzungen im Bereich der Drogen- und anderen Anstalten zwar kurzfristig eine Entlastung bringen, längerfristig aber zu

Mehrkosten an andern Orten führen werden. Die EVP ist deshalb nicht bereit, entgegen ihrer Überzeugung die Mittel für wichtige Aufgaben zu kürzen, nachdem die bürgerliche Seite nicht bereit war, neben einschneidenden Massnahmen auch auf der Einnahmenseite einen Schritte entgegen zu kommen, sondern es zulässt, dass einmal mehr der Mittelstand, das Personal und die finanzschwachen Gemeinden die Zeche bezahlen müssen. Neben den sachlichen Gründen, die Susanne Rihs und Bernhard Egg bereits ausgeführt haben, ist auch diese unverständliche und unsolidarische Haltung ein Grund, dass die EVP dem Minderheitsantrag Susanne Rihs zustimmt und Sie bittet, ein Gleiches zu tun.

Adrian Hug (CVP, Zürich): Wir haben einiges Verständnis für diesen Antrag. Es ist klar, er ist eine Reaktion auf den Steuerfussentscheid. Allein, es gibt im Spiel um Finanzen immer drei Seiten: Es gibt den Aufwand, der sinken kann oder nicht. Es gibt die Einnahmen, die steigen können oder nicht. Und wenn der Aufwand nicht sinkt und die Einnahmen nicht steigen, dann sind die Finanzen des Kantons die Verlierer. Wir sind nicht bereit, weiter zu gehen als das, was hier jetzt bereits geschehen ist. Wir unterstützen die Regierung in ihrem Antrag und werden somit diesen Minderheitsantrag nicht gutheissen. Ich denke, es macht wenig Sinn, jetzt zu versuchen, aus der falschen Situation eine noch falschere zu machen.

Zur Argumentation nur so viel noch: Es kann nicht völlig unverantwortlich sein, hier einen Betrag zu kürzen, wenn es dann verantwortbar wäre, sofern der Steuerfuss anders herausgekommen wäre. Also hier stimmt dann auch die Argumentation nicht mehr ganz. Wir haben viel Verständnis, aber wir sind nicht bereit, der Regierung die Arbeit noch zusätzlich zu erschweren. Wir werden alle diese Minderheitsanträge – auch von dieser Seite – ablehnen.

Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf): Die Beschreibung dieser Sparmassnahme im Bericht des Regierungsrates zum MH06 liest sich wie das Programm einer richtig bürgerlichen Partei: Reduktion der Beiträge an Strafentlassene, Reduzierte Aufenthaltsdauer in Kliniken mit psychiatrischem Angebot, Kostenreduktion bei stationären Massnahmen, Abbau der Freizeitangebote, Einsparungen bei der Verpflegung und beim Arbeitsentgelt. Es versteht sich von selbst, dass die SVP kei-

ne Hand bietet, den Abbau unseres üppigen Strafvollzuges zurückzuführen.

Regula Thalmann-Meyer (FDP, Uster): Lassen Sie mich als Präsidentin der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit noch den Mehrheitsantrag erläutern. Diese Massnahme, die hier wiederhergestellt worden ist, diese Kürzung beinhaltet gemäss dem Massnahmenplan eine Tarifiereduktion für den Vollzug stationärer Massnahmen in Zürcher Drogeninstitutionen von rund 550'000 Franken pro Jahr. Nun muss man wissen, dass diese Tarifiereduktion eine Angleichung an die Tarife der zivilen Einweisungen in Drogenstationen ist. Bis jetzt bestand die unschöne Differenz, dass bei strafrechtlichen Einweisungen höhere Tarife bezahlt werden mussten. Diese konnte nun endlich bereinigt werden.

Über die weiteren Massnahmen hat Susanne Rihs ja umfassend Auskunft gegeben. Ich möchte zu einer noch Stellung nehmen. Die Antragstellerin befürchtet, dass durch die Kürzung das Rückfallrisiko von Klienten aus psychischen Kliniken, Drogeninstitutionen und Massnahmenvollzugszentren erhöht werde, wodurch in Zukunft mit Mehrkosten zu rechnen sei. Der Regierungsrat ist sich dieses Risikos bewusst, wie seiner Rubrik «Auswirkungen der Massnahme aus fachlicher Sicht» zu entnehmen ist. Er hält wörtlich fest, ich zitiere: «Um das Rückfallrisiko unter keinen Umständen zu beeinträchtigen, kann die Aufenthaltsdauer in einer Therapieeinrichtung unter noch sorgfältigerer Beurteilung des Einzelfalls gekürzt werden.» Regierungsrat Markus Notter wies in der Kommission darauf hin, dass der Regierungsrat geschlossen hinter dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 stehe und ihn auch durchziehen wolle. Aus diesem Grund beantrage er, den Antrag abzulehnen.

Die Kommissionsmehrheit, inklusive der EVP, war der gleichen Auffassung und beantragte Ihnen deshalb, den Antrag auf eine Verschlechterung des Saldos abzulehnen. Ich darf Ihnen bekannt geben, dass die FDP-Fraktion diesen Antrag ablehnen wird.

Peter Schulthess (SP, Stäfa): Ich möchte auf das Votum von Adrian Hug reagieren. Ich finde es ja schön, dass er der Regierung helfen möchte, dass sie es nicht noch schwerer hat, nachdem die Mehrheit dieses Rates entschieden hat, dass man der Regierung das Geld zur Erfüllung der Aufgaben auch in diesem Bereich entziehen, massiv kürzen

will. Der Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 hat bei dieser Massnahme eine ganz eindeutige fachliche Auswirkung, nämlich die Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern und Insassen. Ich finde es nachgerade zynisch, dass man ein politisch hausgebackenes Problem für die Regierung dann aufrechnen will, so dass die dort Arbeitenden dann dafür vermehrt Probleme haben. Wollen Sie wirklich, dass Leute, die in diesen Bereichen arbeiten, möglichst schnell verheizt sind und weggehen, die Mitarbeiterfluktuation erhöhen? Wollen Sie wirklich, dass Leute vermehrt rückfällig werden, die Kriminalität ansteigt, die Verhältnisse in den Gefängnissen und den Massnahmenorten unerträglich werden? Ist es das, was Sie unter Staat verstehen?

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Susanne Rihs wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 93: 72 Stimmen ab.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Der Minderheitsantrag 8a von Susanne Rihs wurde zurückgezogen. Ist das richtig, Susanne Rihs?

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Das ist richtig.

Konto 2207, Gemeindeamt

Antrag 9a. **Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)**

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -4'898'700

neu: Fr. -4'682'700

Verbesserung: Fr. 216'000

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Zum Gemeindeamt, 2207. Im Jahr 2006 sind Neuwahlen für die Gemeindebehörden. Damit steigt die Teilnehmerzahl an Kursen und Schulungen wieder auf das Niveau des Wahljahres 2002. Übrigens sind meine Angaben auf den Seiten 64 und 65 nachzulesen und im Budget des Vorjahres, des Rechnungsjahres

2002. zusätzlich wurde sogar im Budget 2006 der Grundauftrag gegenüber 2002 reduziert, da die berufliche Vorsorge verselbstständigt wurde. Stimmt es, Regierungsrat Markus Notter? (*Heiterkeit.*) Gleichzeitig wurde das Sanierungsprogramm 04 mit 250'000 Franken wirksam und im Budget 2006 das Entlastungsprogramm MH06 mit nochmals 200'000 Franken eingestellt. Auch die übrigen Indikatoren im Budget bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie im Jahre 2002, sind also absolut miteinander vergleichbar. Trotzdem stieg der Aufwand in diesem Globalbudget von 2002 bis zum Jahr 2006 auf über 20 Prozent, Regierungsrat Markus Notter, auf über 20 Prozent in diesen vier Jahren bei geringster Teuerung!

Ich ersuche Sie deshalb, der moderaten Kürzung von 2 Prozent, die ebenfalls sehr wohl begründet ist, zuzustimmen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 101: 51 Stimmen ab.

Konto 2215, Finanz- und Lastenausgleich

Antrag 10a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -180'339'000

neu: Fr. -176'332'200

Verbesserung: Fr. 4'006'800

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Heute, Mitte Dezember, sind die Tatsachen, was das Steueraufkommen für das laufende und das nächste Jahr in den Gemeinden betrifft, etwas klarer als zum Zeitpunkt der Budgetierung. Es darf festgestellt werden, dass die Erträge die Talsohle durchschritten haben und wieder steigend sind. Allein die positiven Signale aus den Städten Zürich und Winterthur lassen aufhorchen und lassen auch den Schluss zu, dass Anpassungen im Lastenausgleich kaum nötig sein werden. Winterthur konnte sogar als fast einzige Ge-

meinde im Kanton die Teuerung ausgleichen und die Mitarbeitenden am verbesserten Ertrag partizipieren lassen; absolut positive Signale aus der grössten Bezügergemeinde also!

Die Annahmen zum Finanzausgleich im Budget 2006 müssen deshalb heute korrigiert werden. Zudem liegen 2 Prozent gerade in diesem Bereich in der Unschärfe der Budgetierung. Vergleicht man die Budgetzahlen im Steuerfussausgleich der vergangenen Jahre mit den effektiven Auszahlungen, ist festzustellen, dass diese nie ausgeschöpft worden sind. Andererseits sind die Kriterien für die Abschöpfung festgelegt und dürften im nächsten Jahr kaum verändert werden. Die Erträge werden also steigen.

Auf der Bezügerseite des Finanzausgleichs hingegen ist auf Grund der anziehenden Konjunktur mit Entlastungen zu rechnen, auch wenn unbestrittenermassen die Lasten für die Gemeinden nicht kleiner werden. Ich bin jedoch überzeugt, dass diese Gemeinden alles daran setzen werden, nicht am Tropf des Kantons hängen zu bleiben. Dringend nötige Korrekturen im kantonalen Finanzausgleich, welche mehr Flexibilität für die Bezüger schaffen und Anreize in die richtige Richtung setzen, werden diese Bemühungen noch unterstützen.

Ich bitte Sie daher, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 100: 54 Stimmen ab.

Konto 2221, Handelsregister

Antrag 11a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. 2'478'200

neu: Fr. 2'678'700

Verbesserung: Fr. 200'500

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Werner Bosshard (SVP, Rümlang), Präsident der FIKO: Ich habe in meinen verregneten Herbstferien den KEF von A bis Z durchgearbeitet. Könnte ich einen Preis für die fantasieloseste Finanzplanung vergeben, so ginge er an das Handelsregisteramt. Der Ertrag verharrt auf 12,5 Millionen Franken von 2005 bis 2009 und der Aufwand steigt von 9,9 auf 10,3 Millionen Franken; jedes Jahr 100'000 Franken mehr. Wenn sich das Handelsregisteramt – Regierungsrat Markus Notter und Arnold Suter, hören Sie mir zu oder nicht? (*Heiterkeit. Die beiden Herren sind in eine Diskussion vertieft.*) –, wenn sich das Handelsregisteramt auf sein Kerngeschäft, Eintragungen und Löschungen von Tatsachen im Handelsregister, beschränken würde, könnte es seine Aufgaben mit weniger Aufwand bewältigen. Aber es betrachtet sich als Oberaufsichts- und Revisionsstelle. Ich kann Ihnen Beispiele aus der Praxis geben.

Beispiel 1: Die Gründung einer Firmengruppe war komplett in einem anderen Kanton, inklusive Vorprüfung, abgeschlossen. Als dann beschlossen wurde, diese Firmengruppe trotzdem im Kanton Zürich zu gründen, wurden die durch das Handelsregister eines andern Kantons geprüften und für in Ordnung befundenen Dokumente, Unterlagen et cetera anlässlich der Vorlage beim Handelsregisteramt Zürich nochmals umgestellt, überarbeitet und mit zum Teil nicht logischen und nicht nachvollziehbaren Änderungen versehen. Ich könnte Ihnen noch ein Beispiel 2 und ein Beispiel 3 geben.

Ich meine einfach, das Handelsregisteramt sollte sich auf seine Kernkompetenzen beschränken und nicht als Oberaufsichtsstelle zusätzlichen Aufwand, zusätzliche Kosten bei den juristischen Personen, die ihm unterstellt sind, verursachen. Das wären meine Anliegen zum Handelsregisteramt und ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Auch hier zu den Rücklagen. Das Handelsregisteramt hat im Jahre 2004 eine Einmalzulage ans Personal von 58'500 Franken ausgeschüttet. Im gleichen Jahr hat das Handelsregisteramt es aber geschafft, eine Zunahme im Bestand von 40'498 Franken zu gewährleisten. Das heisst, der neue Bestand der Rücklagen im Handelsregisteramt per 31. Dezember 2004 beträgt 272'688 Franken, also runde 72'000 Franken mehr als die Verbesserung, die wir beantragen. Denken Sie daran, Rücklagen können wir im Budgetprozess auflösen, nicht aber in der Rechnung!

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 106: 46 Stimmen ab.

Konto 2223, Statistisches Amt

Antrag 12a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -7'661'800

neu: Fr. -7'497'300

Verbesserung: Fr. 164'500

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Claudio Zanetti (SVP, Zollikon): Gestatten Sie mir eine kurze Vorbemerkung. Bei der Behandlung des CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) habe ich festgestellt, dass eine Ratsmehrheit offensichtlich einen Lustgewinn hat, wenn sie der SVP Niederlagen bereiten kann. Kollege Peter Schulthess hat mich dann darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht nur die Seite gibt, die Lust verspürt, sondern es gibt möglicherweise auch die Seite, die als masochistisch zu bezeichnen wäre. Er muss es ja wissen, er kennt sich ja aus mit solchen Sachen. (*Heiterkeit.*) Ich kann Ihnen aber sagen, wir sind keine Masochisten. Wir haben nämlich den Antrag gestellt, pro Direktion diese 2 Prozent zu kürzen. Das wurde in der Geschäftsleitung von Ihrer Seite abgelehnt. Man lege Wert darauf, man wolle über jeden Antrag gesondert diskutieren. Man müsste sich also fragen, auf welcher Seite eigentlich die Masochisten zu finden sind. Nun müssen Sie halt ein bisschen aufstehen zwischendurch.

Ich komme zu unserem Antrag, beim Statistischen Amt 164'000 Franken einzusparen. Das ist nun wirklich ein so bescheidener Sparantrag. Sie sollten das Sparen auch nicht immer so negativ sehen. Sparen kann nämlich auch zu Kreativität anregen. Schauen Sie sich mal an, was angeboten wird vom Statistischen Amt: ein grosses, schweres, unhandliches Handbuch. Und da drin finden Sie die Vornamenstatistik, sie finden etwas über die Herkunftsländer der Hotelgäste, über die Schulbibliotheken in den Bezirken, über den Kinderbetreuungsindex, also ei-

gentlich alles Sachen, die man gar nicht so braucht. Aber wenn man zum Beispiel wissen will, wie viele Kampfhunde oder so genante Kampfhunde es im Kanton Zürich gibt, finden Sie nichts. Dann muss die Polizei die Gemeinden auf und ab telefonieren, um so was in Erfahrung zu bringen. Das stimmt tatsächlich. Mit unserem Sparantrag tragen Sie dazu bei, dass auch im Statistischen Amt etwas Kreativität Einzug hält. Vielleicht wird man dann die richtigen Schwerpunkte setzen. Ich ersuche Sie darum, unserem Antrag zuzustimmen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Auch das Statistische Amt hat Rücklagen und diese bezifferten sich am 31. Dezember 2004 auf sage und schreibe 289'839 Franken. Das heisst, fast das Doppelte des zu sparenden Betrages ist schon als Rücklagen vorhanden. Ich denke, der Minderheitsantrag ist unterstützungswürdig.

Rolf Walther (FDP, Zürich): Claudio Zanetti hat es selber gesagt, es ist ein bescheidener Antrag. Der bescheidene Antrag wurde in keiner Kommission behandelt und was Lorenz Habicher nachher noch daraus macht, das öffnet uns jetzt eigentlich wirklich immer wieder die Augen. Gespart wird auch bei der SVP überhaupt nichts! Man macht einfach Verschiebungen von einem Konto ins andere, und das sind natürlich auch keine Sparmassnahmen, sondern das sind Korrekturen, die man da vornimmt, und auf solche können wir einfach auch nicht eingehen. Schade, Claudio Zanetti, dass wir so eine Arbeit hier im Rat machen. Vorgesehen dafür wären die Kommissionen. Aber das kennt die SVP eben nicht und deshalb ist es wirklich schade, dass wir hier eine Kommissionsarbeit durchführen müssen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 102: 47 Stimmen ab.

Konto 2224, Staatsarchiv

Antrag 13a. **Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)**

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -6'051'600

neu: Fr. -5'923'900

Verbesserung: Fr. 127'700

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Ich kann Sie bei der Besprechung dieses Amtes auf etwas sehr Interessantes aufmerksam machen. Zwischen den beiden vorhergehenden, dem Handelsregisteramt und auch dem Statistischen Amt und dem Staatsarchiv können Sie gewisse Parallelen sehen. Nun stellt sich eigentlich die Frage: Warum stolpern eigentlich unsere Kommissionen bei der Betrachtung dieser Ämter praktisch genommen über die Zahlen? Es ist tatsächlich so. Ist es ein Gruppendruck? Und holen wir deshalb hier aus, weil wir feststellen können, dass offensichtlich, seit die Verschiebung stattgefunden hat von der Finanzkommission zu den Sachkommissionen, man zusammensitzt und sagt «Juhui», lieber plaudert, lieber recht laut ist? Und wenn einer sich nun einmal festbeissen möchte und sagt, dass da tatsächlich Fleisch am Knochen sei, dann entsteht ein Gruppendruck und dann sagt man, «nein, das kann man nicht» und so weiter. Und weil die Kommissionen das wohl abgeseget haben, aber vielleicht doch etwas zu flüchtig, dann ist es halt eben so, dass wir das in den Rat hineinbringen. Wir bringen das zu Protokoll und das wird Geschichte machen. Wir werden der Sache nachgehen und kommen dann halt das nächste Jahr wieder. Das ist unsere Aufgabe als gewählte Parlamentarier, auch wenn Sie es lustig finden und lieber was anderes machen und der Peter Reinhard schon alle zwei Ohren zugedeckt hat. Das ist jetzt halt mal so.

Ich möchte auch noch auf etwas anderes hinweisen. Wenn ich dann beispielsweise in der Finanzkommission ein bestimmtes Thema aufgreife oder vielleicht beharrlich bin, dann kann es sogar sein, dass ein freisinniger Exponent sofort einen Antrag stellt auf Abschluss der Diskussion und so weiter. Also darf man nicht mehr weiterreden; und das kommt vor. Oder wenn ich ein anderes Thema aufgreifen möchte, nur so im Plenum diskutieren will, dann wird schon von der SP ein Antrag

gestellt und gesagt, «nein, nein, da wird nicht weiter diskutiert, Moment, Abbruch der Diskussion!». Ich meine, was soll das? Dann landen wir halt wie beim CRG nachher im Parlament und die Öffentlichkeit muss wissen, wie flüchtig beispielsweise unsere Kantonsräte das Budget behandeln. Mal ein bisschen hin und her blättern, sagen «ja, ja, juhui», der Gruppendruck, «ja, du stimmst auch zu» und «okay, Kaffeepause, wir können ja weggehen»! Nein, das geht so nicht!

Nun sind wir beim Staatsarchiv. Und wenn Sie die Zahlen anschauen, beziehungsweise vielleicht auch versuchen zu analysieren, dann können Sie feststellen, dass der Ertrag nicht sehr stark zunimmt. Das ist ja klar, die Gebühren beim Staatsarchiv, das ist ein Service public. Da muss man die alten Dinge sortieren und so weiter, und dann und wann kommt einmal jemand; ich denke, fast alle von Ihnen waren vielleicht schon einmal beim Staatsarchiv, um irgendwie Einsicht zu nehmen oder so. Ich kann mir das durchaus vorstellen, Sie sind ja alle sehr emsige Kantonsräte. Aber trotzdem ist der Ertrag bei 331'000 Franken. Aber der Aufwand ist bei 6,38 Millionen Franken. Interessant ist, dass dieser Betrag, die Ausgaben in diesem Amt, sich innerhalb von vier Jahren um 50 Prozent erhöht haben – in aller Stille! Einfach so! Und zwar wegen der Betriebskosten, wegen Abschreibungen. Man hat gebaut, da sind Zinsen und so weiter. Und dann können wir halt einfach feststellen, dass bei solchen Ämtern sich eine Eigendynamik entwickelt. Und wenn wir als budgetverantwortliche Kantonsrätinnen und Kantonsräte schon eine finanzielle Existenzfrage zu klären haben, warum können wir nicht irgendwo mal reinschauen und analysieren? Muss ein Amt eine Eigendynamik entwickeln? Geht es nicht an, dass das Wachstum in einem Amt auch etwas geringer sein könnte als in drei Jahren gleich 50 Prozent? Das ist hier die Frage und ich möchte Sie einfach bitten und ich danke Ihnen, dass Sie sich heute so sehr die Zeit nehmen, zuzuhören, und ganz aufmerksam mit dabei sind. Sie werden ja das Protokoll lesen, Sie können es vom Internet abrufen. Sie nehmen also das Protokoll in einem Jahr hervor und fragen sich: Wo könnten wir eigentlich sparen? Wir haben es Ihnen aufgezeigt und aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, diesen Kürzungsantrag zu unterstützen. Die 127'000 Franken kann dieses Amt leicht verschmerzen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Ueli Annen (SP, Illnau-Effretikon): Theo Toggweiler, Sie geben sich da als lustiger Popanz in diesem Rat, aber im Grunde genommen – das muss Ihnen einmal jemand sagen – sind Sie frech und unverschämt! So, wie Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen desavouieren, so wie Sie nicht nur uns desavouieren, sondern die Mitglieder der Kommissionen, der Mitglieder in diesem Fall der Kommission für Staat und Gemeinden, die in Ihrer Fraktion sitzen. Es geht nicht an, dass Sie mit solchen Verdächtigungen und solchen Anwürfen operieren, ohne dass Ihnen hier jemand widerspricht. Wir haben diese Budgets in den Kommissionen, in Sachgruppen seriös behandelt. Wir sind zum Schluss gekommen, dass sie so bestehen sollen, wie sie sind. Sie bringen überhaupt nicht irgendeinen Grund dafür, warum wir in Ihrem Sinne diese 2 Prozent streichen sollten. Hören Sie jetzt endlich auf mit solchen Anträgen! Wir sind nicht hier, um uns einfach zu belustigen, sondern wir sind hier, um eine Arbeit zu leisten. Mit Ihren Beiträgen leisten Sie wirklich überhaupt nichts dazu! (*Applaus von der linken Ratsseite.*)

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 112: 46 Stimmen ab.

Konto 2225, Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen

Antrag 14a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -601'700

neu: Fr. -537'700

Verbesserung: Fr. 64'000

Aufwandreduktion um 2 % durch Effizienzsteigerung.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Erlauben Sie mir, dass ich ganz situativ auf die transaktionale Ebene zurückkehre. Ich werde ganz sachlich zwei, drei Hinweise machen. Die werden Sie aber so oder so dann im Protokoll finden. Im Amt für berufliche Vorsorge kann man feststellen, dass der Ertrag um 11 Prozent zugenommen hat, hingegen der Aufwand um 31 Prozent. Es sind marginale Erklärungen da, mehr konnte

man dazu nicht in Erfahrung bringen. Ich meine doch, dass es etwas wäre, das man auch vielleicht erfahren könnte. Wenn das nicht unbedingt der Fall ist, dann schliesse ich hier.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen. Ich danke Ihnen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Im Vorgeplänkel zu dieser Diskussion wurde uns von Peter Reinhard, Kloten, und Adrian Hug, Zürich, vorgehalten, wir seien fantasielos. Wir würden nicht sagen, wo gespart werde, wir entbehrten jeder seriösen Grundlage. Ich glaube, bis jetzt war jeder Antrag fundiert und gut begründet. Und wenn eine Aufgabensteigerung von 50 Prozent innert vier Jahren besteht und wir 2 Prozent Aufwandreduktion verlangen, dann ist dies nicht aus der Luft geholt, sondern fundiert und gut begründet.

Ich möchte Ihnen auch zu diesem Amt jetzt noch die Rücklagen per 31. Dezember 2004 vorlesen. Es sind 129'191 Franken. Wir stellen einen Sparantrag von 64'000 Franken. Natürlich ist es nicht eine Verbesserung, denn wir beantragen Ihnen, Sie sollen den Aufwand reduzieren und die Effizienz steigern. Und Rolf Walther hat natürlich Recht, wenn er sagt, wenn ich mit den Rücklagen komme, sei das keine Verbesserung, sondern eigentlich nur eine Umlagerung. Nur, wenn man nicht willens ist und wenn es kurzfristig nicht möglich sein sollte, in diesem Amt 64'000 Franken einzusparen, dann kann man diese Rücklagen auflösen. Und wie Sie sehen, besteht der doppelte Betrag als Rücklagen, also kann man diese auch halbieren. Es hat dann immer noch genügend Geld für das Personal, für Einmalauslagen. Ich möchte auch wieder einmal darauf hinweisen, dass die Verwaltung per 31. Dezember 2004 – vielleicht das letzte Mal heute Abend – Rücklagen von total 65'671'374 Franken ausweist. Letztes Jahr haben die Rücklagen im Bestand um 5'791'290 Franken zugenommen. Würden Sie die Unterlagen konsultieren und das sehen, wüssten Sie es. Dazu kommen noch die Universität und der Verkehrsverbund. Die Verwaltung, der Kanton Zürich hat in Rücklagen parkiert – totes Kapital von insgesamt 104'633'688 Franken! Und dann gibt es Ämter, die nichts, null dem Personal ausschütten, die also die Rücklagen noch nicht einmal verwenden. Und Sie wehren sich, Ueli Annen, gegen kleinste Kürzungen, ja im Promillebereich! Ich frage mich schon, wer hier die Hausaufgaben gelöst hat und wer in der Kommission nur geschlafen hat.

Ich bitte Sie, die Minderheitsanträge zu unterstützen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Weder Theo Toggweiler noch Lorenz Habicher macht es besser, wenn sie immer wieder mich zitieren. Es ist tatsächlich so, dass sie Pauschalanträge stellen. In diesen Pauschalanträgen begründen sie eigentlich nur, was eine Wertsteigerung ist. Das kann jeder mit einem Taschenrechner ausrechnen, dass keine Wertsteigerung, sondern eine Steigerung des Aufwandes vorhanden ist. Das kann jeder hier drin nachrechnen. Und dann sagen Sie: Darum kann man kürzen. Sie sagen aber immer noch nicht – und da haben Sie, glaube ich, das Prinzip der Globalbudgets immer noch nicht begriffen –, wo und warum Sie kürzen wollen und welche Leistungen Sie kürzen wollen. Das geht nicht, Theo Toggweiler, da können Sie noch lange lachen, wenn Sie einfach sagen: «Es ist so! Darum ist es gottgegeben eine Kürzung, die zu realisieren ist.» Gewöhnen Sie sich an: Wenn Sie hier drin etwas beantragen, wenn Sie unsere Zeit schon so in Anspruch nehmen – eine Frechheit ist es tatsächlich, das gebe ich Ueli Annen Recht –, dann müssen Sie das auch so begründen, wie das System dies verlangt. Auch Rückstellungen sind etwas, das systembedingt ist.

In diesem Sinne lassen wir es halt über uns ergehen und lehnen dann einfach ab.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte hier doch kurz antworten. Wir machen jetzt das Spiel eigentlich schon lange, dass es zuerst geheissen hat, beim Globalbudget kann man nur kürzen, wenn man sagt, wo. Und als wir dann sagten, wo, hiess es, «nein, das geht nicht, das müssen wir dann selber machen». Dieses Spiel hin und her machen wir jetzt sehr lange. Vor einem Jahr sagte der damalige Finanzdirektor Christian Huber: «Sie können jetzt gar nicht mehr kürzen, es ist nun zu spät, sondern wir bringen dann ein Sanierungsprogramm.» Ja, ich möchte jetzt hier einfach einmal fragen: Wie kann das Parlament die Aufgabe, das Budget zu bestimmen, wahrnehmen? Wenn man es so sagt, ist es falsch, wenn man es anders sagt, ist es falsch. Das wollen wir aufzeigen. Und ich meine, wer das Globalbudget begriffen hat oder nicht begriffen hat, das ist nun eine ganz andere Frage. Wichtig ist aber, dass wir das, was wir erreichen wollten, nicht bekommen haben. Die Reformkommission hat ganz grossartig gesagt: Wir bekommen ein Globalbudget. Dann macht die Verwaltung selbstverständlich eine Kostenrechnung. Ergebnisse sehen wir eigent-

lich nicht. Die werden nur rudimentär wahrgenommen, nicht so, wie man es eigentlich müsste. Es kommen also keine Kürzungsleistungen hervor. Man kann das nicht nachweisen, sondern macht einfach weiter. Das ist doch ein Problem und aus diesem Grunde meinen wir, müssen wir das einmal so aufzeigen, dass das Globalbudget, wie es da ist, von uns nicht gesteuert werden kann oder höchstens sehr beschränkt, aber praktisch nicht. Auf den KEF haben wir keinen Einfluss. Wie sollen wir unsere Aufgabe denn als Kantonsräte wahrnehmen können? Wie können wir unsere Budgetverantwortung wahrnehmen? Und wie kommen wir überhaupt zu einer Reduktion, die wir ja irgendwie brauchen? Uns ist es ein Anliegen, dass wir hier da irgendetwas ändern müssen, und das stellen wir hiermit zur Diskussion. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Peter Reinhard hat die Frage des «Warum wollen wir sparen?» aufgeworfen. Ich glaube, das Budget an und für sich zeigt uns gut genug, warum wir sparen müssen und nicht wollen. Die Steuerung über die Leistungsgruppen im Globalbudget, wie er anspricht, ist eine gute Sache, wenn Leistungsgruppen, Indikatoren – Wirkungs- und Leistungsindikatoren – vorhanden wären. Die meisten dieser Globalbudgets haben aber gar keine aussagekräftigen Indikatoren und man muss mühsam zusammensuchen, was überhaupt mit dem Geld angestellt wird. Ich bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, dass ich immer von Rücklagen und nicht Rückstellungen gesprochen habe. Und wenn Peter Reinhard den Unterschied zwischen Rücklagen und Rückstellungen nicht kennt, dann braucht er wirklich eine Weiterbildung.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 100: 48 Stimmen ab.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Da auch der Präsident langsam Ermüdungserscheinungen hat, werde ich die Sitzung jetzt abbrechen. Ich bitte Sie noch um Aufmerksamkeit. Ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, dass wir morgen um 16.30 Uhr zuerst die Budgets der Gerichte behandeln.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Gesamtkonzept für alle musischen, gestalterischen und handwerklichen Fächer an der Volksschule**
Postulat *Pia Holenstein Weidmann (SP, Affoltern a.A.)*
- **Aufwertung der Hausarztmedizin und Abbau von staatlichen Hürden bei Hausarztpraxen**
Postulat *Anita Simioni-Dahm (FDP, Andelfingen)*
- **Bewirtschaftung der kantonalen Kunstsammlung**
Postulat *Brigitta Johner (FDP, Urdorf)*
- **Steuerprivilegien als Standortfaktor**
Interpellation *Ralf Margreiter (Grüne, Zürich)*
- **Wahl des Bildungsrates**
Dringliche Anfrage *Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt)*
- **Kostenbewusstsein beim Autobahnbau**
Anfrage *Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)*
- **Auswirkungen der NFA**
Anfrage *John Appenzeller (Aeugst a.A.)*
- **Reorganisation Innere Medizin Universitätsspital Zürich**
Anfrage *Yves de Mestral (SP, Zürich)*
- **Steuerertragsprognosen des Kantons Zürich**
Anfrage *Ralf Margreiter (Grüne, Zürich)*
- **Information und Haftung bei gesundheitlichen Schäden durch Elektromog**
Anfrage *Eva Torp (SP, Hedingen)*
- **Gegenvorschlag zur Plafonierungsinitiative**
Anfrage *Arnold Suter (SVP, Kilchberg)*

Rückzug

- **Rauchfreie unterirdische Bahnhöfe des ZVV**
Postulat *Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf)*, KR-Nr. 142/2005

9814

Schluss der Sitzung: 17.25 Uhr

Zürich, den 12. Dezember 2005

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 23. Januar 2006.